DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 108. Samstag, 15. Oktober 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX
Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



DER NARZISST

12 **DIE SPHINX AUS DÜREN** Psychogramm des Lauterbachs Von Dr. Werner Köhne

14 **LAUTERBACHS SEELENSPIEGEL** Von Paul Klemm

3 **BILANZ DER INJEKTIONEN** Von Dr. Mike Yeadon

7 **KEIN NARZISST** Dem Bürgerrechtler Michael Ballweg

NICHTOHNEUNS.DE

Wir

Professor der Menschen

Preis der Republik geht an Christian Kreiß. | LAUDATIO
von Anselm Lenz



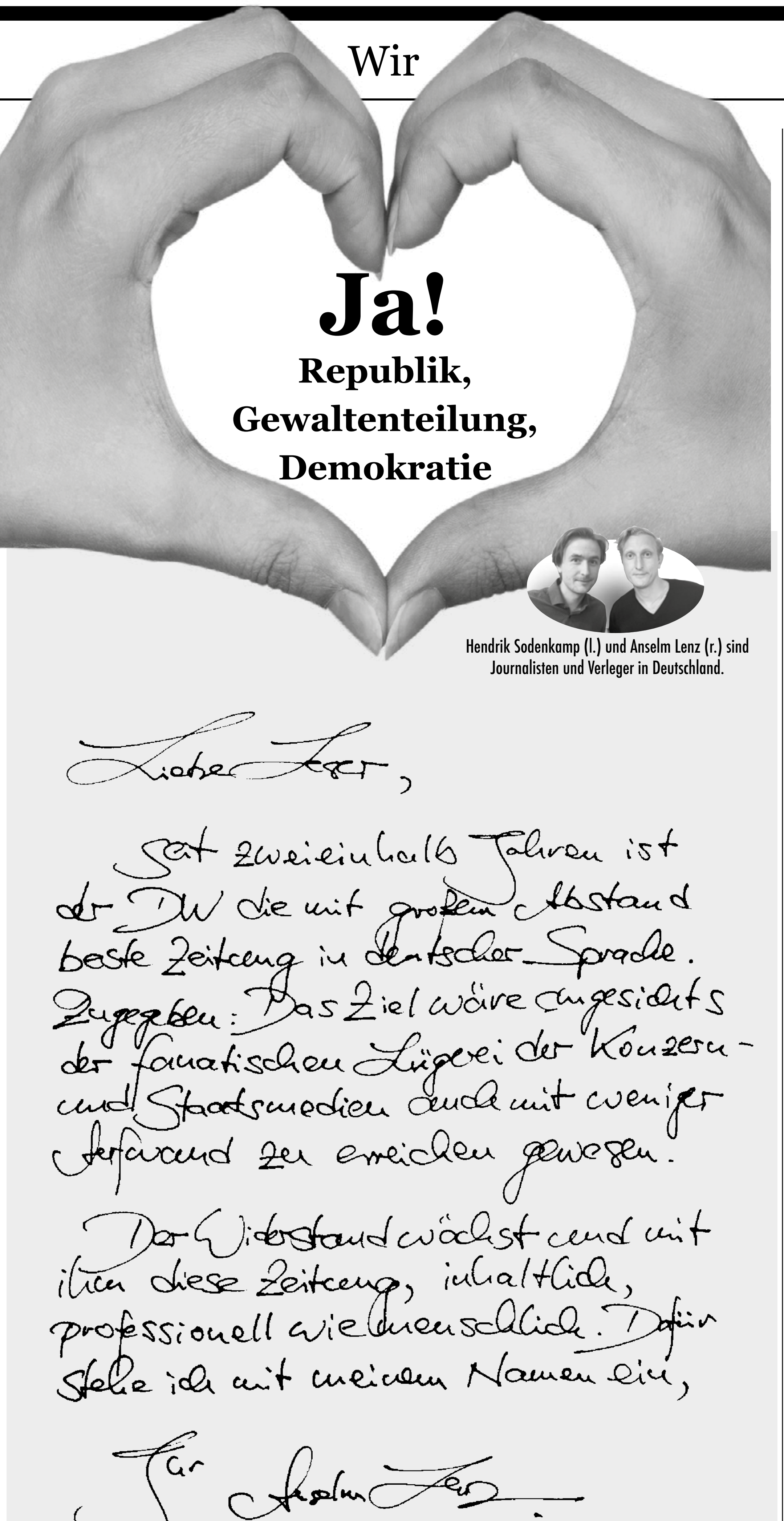
Er unterrichtet Volkswirtschaftslehre, veröffentlicht Bücher, kommentiert wirtschaftliche Entwicklungen – und steht auf der Seite des Menschen. Im Jahr 2020 war Professor Christian Kreiß sich nicht zu schade, auf den kleinen und großen Demonstrationen zu sprechen, sein Wissen öffentlich zu machen und zu sagen, was ist.

Er beteiligte sich nicht nur nicht an der größten Täuschung der Menschheitsgeschichte – der Corona-Lüge –, er behielt auch auf ganzer Linie Recht. Denn was im Beginn vielleicht noch zurecht umstritten war, als im Vagen erschien, ist heute für jeden Menschen offensichtlich nachvollziehbar.

Der Ökonom Christian Kreiß stand von Beginn an auf der Seite der Angestellten, der Arbeiter, Arbeitslosen, des Mittelstandes, der Kinder, der Vernunft, der Zukunft des Menschen als Mensch. Anerkannt werden muss auch, dass hier ein Anthroposoph aktiv wurde, also ein Lehrer aus einer Lebensgestaltungsrichtung, die explizit der der Kunst und der Kultur einen eigenständigen Platz einräumt, sie nicht dem Marketing oder der Politpropaganda zu unterwerfen trachtet. Das markiert für einen klassischen Wirtschaftswissenschaftler eine auszeichnungswürdige Größe.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Christian Kreiß. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

Seit zweieinhalb Jahren ist der DW die mit großem Abstand beste Zeitung in deutscher Sprache. Zugegeben: Das Ziel wäre angesichts der fanatischen Lügerei der Konzern- und Staatsmedien auch mit weniger Aufwand zu erreichen gewesen.

Der Widerstand wächst und mit ihm diese Zeitung, inhaltlich, professionell wie menschlich. Dafür stehe ich mit meinem Namen ein,

Ihr Anselm Lenz.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Kultur?

EINWURF *von Werner Köhne*

Ich erinnere mich noch genau daran, wie ich meine erste Rezension schrieb und dabei einen inneren Zensor spürte, der sich an dem stilistisch hochfrisierten Feuilleton aus *Süddeutsche*, *Zeit*, *FAZ* und Frankfurter Rundschau zu orientieren suchte.

Dieses als Richtschnur nehmend, verlor ich aus den Augen, was mir während meiner Arbeit als Altenpfleger und meiner Studienzeit noch möglich schien, nämlich Literatur, Geschichte, Leben und Politik ineinanderzuschichten. Was machte das, was ich da nun in den genannten Gazetten las, so attraktiv, dass ich in kürzester Zeit auf einen gelehrigen Schreiberling zusammenschrumpfte, auf einen, der sich an den kunstvollen Literaturkritiken erprobte?

Wo ich doch hätte wissen müssen, dass mir beim Versuch, Ähnliches zu erreichen, das Bourdieu-Schicksal drohte: Ich passte schon aufgrund meiner Herkunft, Wortwahl, meiner *Moves* und nicht in die obere Mittelschicht, die gerade in der Literaturkritik ihr ideologisches Profil schärfte, während ich weiter an den wunden Nahtstellen zwischen Leben und Literatur werkelte – was bald schon den Missmut und den Rotstift der Redakteure ins Spiel brachte. Übertrumpft nur noch von deren besonderer Fähigkeit, sich der Distanz zu bedienen: durch Abwimmeln am Telefon, später durch Löschen von Mails und Wegdrücken von Piepsern auf dem Smartphone.

Die Kultur der Peinlichkeiten, des Lästigseins und des Wegduckens umrahmte das Ganze. Noch schlimmer als die Einpressung in Formate wirkte sich aus, dass sich diese Herrschaften bei ihren Auslassungen über Kunst eine Art gelassene Tiefe erlaubten, an deren glatter Oberfläche sie brillierten, ich aber scheitern musste. Diese Unteroffiziere des Feinsinnigen und Inhaber der Codes besaßen einen bestimmten Zugriff auf Sprache.

Darum herum bauten sie einen Turm aus Pointen, die wohl verschleiern sollten, dass ihnen vielfach nichts anderes im Sinn stand, als alles *en vogue* und richtig zu machen. Dazu passte, dass immer häufiger Juristen sich in die Kulturmedien einnisteten, Kontrollfreaks! Sind es vielleicht dieselben, die in den letzten zwei Jahren dem Ethos der Justitia auf so schäbige Weise abschworen? – Nur mal so vor mich hingedacht.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

WAS IST WAHR AM CORONA-NARRATIV?

DW dokumentiert das Studienpapier »How much of the narrative was true?« | Von Dr. Mike Yeadon, Übersetzung Sophia-Maria Antonulas

Dieses Dokument soll zeigen, dass alle wichtigen Aussagen über den SARS-CoV-2-Virus, der die Krankheit Covid-19 verursachen soll, und die davon abgeleiteten Maßnahmen falsch sind.

Da diese Aussagen von Wissenschaftlern, Ärzten und Beamten stammen, die im öffentlichen Gesundheitswesen tätig sind, ist es offensichtlich, dass diese Fachleute sich nicht einfach geirrt, sondern gelogen und Menschen in die Irre geführt haben. Die Beweggründe derjenigen, die ich als »die Täter« bezeichne, werden wahrscheinlich klar, sobald man verinnerlicht hat, dass das gesamte Narrativ auf Lügen beruht. (...)

IMPFSTOFF-LÜGEN

In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 drehte sich das Gespräch um die zukünftigen Impfstoffe. Da ich 32 Jahre lang in der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung (F&E) tätig war, erkannte ich, dass das, was uns über die neuartigen Impfstoffe erzählt wurde, nur Lügen waren. (...)

In meinem Text »Corona-Lügen« betrachte ich NUR die wichtigsten Aspekte des Narrativs und zeige, dass nicht ein einziger davon wahr ist. Mit anderen Worten: Es ist nicht nur eine kleine Lüge hie und da – das gesamte Konstrukt ist falsch. (...) In der Öffentlichkeit sind keine alternativen Sichtweisen zugelassen. Tatsächlich hatten sich bereits im Juli 2019 – lange vor der erklärten Pandemie – mächtige Medienorganisationen zusammengefunden und die Trusted News Initiative (TNI), also eine Initiative für (vermeintlich, red.) vertrauenswürdige Nachrichten, gegründet. Zweck der TNI ist es, sowohl die Botschaften der Massenmedien zu kontrollieren als auch alternative Stimmen aus jeder Richtung zu unterdrücken.

DIE FRAGE NACH DEM MOTIV

Nochmal: Das gesamte Corona-Narrativ ist eine Lüge – und kein Fehler. Viele der Politiker, die nur die Aussagen anderer wiederholten, könnten versuchen, sich damit rauszureden, dass sie sich einfach nur auf die Experten verlassen haben, um die Öffentlichkeit zu informieren. Die Direktorin des US-amerikanischen Centers for Disease Control and Prevention (CDC), Rochelle Walensky, hat genau das kürzlich ausprobiert, als sie meinte, die CDC habe Impfempfehlungen ausgesprochen, weil der Sender CNN eine Pressemitteilung von Pfizer veröffentlichte, in der es hieß, der Impfstoff Covid-19 sei zu 95 Prozent wirksam. (So etwas kann man sich nicht ausdenken.) Die Fachleute, die die falsche Darstellung der Gesundheitsämter verbreiteten – wie der leitende wissenschaftliche Berater Sir Patrick Vallance im Vereinigten Königreich und der Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) in den USA – wussten jedoch, dass ihre Aussagen nicht der Wahrheit entsprachen.



30 September 2022 Berlin. Foto: Georgi Belickin

Es stellt sich die Frage nach dem Motiv. (...) In einem Aufsatz mit dem Titel »*If I were going to conquer you*« (Wenn ich Sie erobern wollte) führt der Autor aus, wie die Welt durch einen koordinierten »Staatsstreich« in den liberalen Demokratien übernommen wird. Robert F. Kennedy, Jr. präsentierte im November 2021 eine plausible Erklärung in seiner Rede in Mailand.

Ich scheine der EINZIGE ehemalige leitende Wissenschaftler aus der Pharmabranche zu sein, der sich zu Wort meldet. (...) Als Ergebnis meiner Bemühungen kann ich einen weltweiten Betrug beschreiben, der seit zwei Jahren enorm viele Menschenleben kostet. Ein Betrug, der nur von mächtigen Leuten durchgeführt werden kann, die nur zu einem Zweck, der nicht dem Wohle normaler Menschen dient, zusammengekommen sein können.

KRANKENHAUSPROTOKOLLE

Die Behandlungsprotokolle in Krankenhäusern, die mir vorliegen, scheinen zum Töten gedacht zu sein:

Im Vereinigten Königreich beginnt der Behandlungsweg damit, dass jeder mit unzuverlässigen PCR-Tests getestet wird, die bei stationären Patienten mehrmals durchgeführt werden. Angesichts der Tatsache, dass zwei Prozent der Einweisungen mit dem Tod im Krankenhaus enden, führen schlechte Tests, die auch noch wiederholt werden, zu vielen »Covid-Todesfällen«. Ein als »positiv« diagnostizierter Covid-Patient wird dann in Isolationshaft genommen, und Besuche sind erst erlaubt, wenn der Patient im Sterben liegt. Eine Standardbehandlung besteht aus der intravenösen Verabreichung von Midazolam (einem Benzodiazepin, das zur Sedierung verwendet wird) und von Morphin in einer Dosis, die bis zu zehnmal höher ist, als für einen Patienten, der ohne Hilfe atmen kann, ratsam wäre. Das führt zu Atemstillstand und entweder zum sofortigen Tod oder zu mechanischer Beatmung, kombiniert mit Pflegeentzug; selbstverständlich versterben diese Patienten. Das ist Mord.

Im Vereinigten Königreich liegen uns Belege dafür vor, dass der Nationale Gesundheitsdienst (NHS) einen Jahresvorrat an Midazolam angelegt hat, indem er dieses Medikament zwar normal bestellt, aber die Verschreibung für das Jahr 2019 verboten hat. Im April 2020 – also in zwei Monaten – war der gesamte Vorrat aufgebraucht. Daraufhin wurde ein weiterer Jahresvorrat bei einem französischen Generikahersteller eingekauft und dessen Lagerbestände geleert. Etwas Ähnliches geschah in US-Krankenhäusern mit steigenden Geldprämien für jede höhere Behandlungsstufe – mit der mechanischen Beatmung als Krönung.

(...) »Wuhan-Protokoll«: Darin heißt es, dass die Chancen des Patienten umso besser seien, je früher er sediert und beatmet werde. Das ist eine Lüge. In Panik geratene Patienten brauchen Anxiolytika (Medikamente gegen Angstzustände) und eine Sauerstoffmaske – stattdessen wurden sie getötet.

Dr. Mike Yeadon war Vizepräsident und weltweiter Leiter der Forschung für Allergie- und Atemwegserkrankungen bei Pfizer Großbritannien. Er schloß sich 2020 dem Widerstand an.

MELDUNG

75-JÄHRIGE DURCH REGIME FESTGENOMMEN

Mainz/DW. Laut Meldungen vom Donnerstag ist eine 75 jährige Frau festgenommen worden, die demnach geplant haben soll, den Bundesgesundheitsminister und jahrzehntelangen Pharmalobbyisten Karl Lauterbach (SPD) »zu entführen«. Mit der Begründung des »Terrorverdachtes« soll die Dame, die laut der Propagandaplattform *Tagesschau.de* Elisabeth R. genannt wird, »Rädelsführerin einer Gruppe gewesen sein, gegen die die Bundesanwaltschaft schon länger ermittelt«. Durchführend verantwortlich ist demnach das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, das die Frau in Mittelsachsen festnehmen ließ. Verantwortliche Politiker stehen seit Beginn der Injektionen am 27. Dezember 2020 in der BRD nach vielfacher anwaltlicher wie medizinethischer Expertise unter anderem unter Genozidverdacht. (ale)

REGIERUNG: 60 PROZENT GABEN STIMME AB

Hannover/ DW. Bei der Wahl in Niedersachsen haben nach Regierungsangaben rund 60 Prozent der rund sechs Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Rund 40 Prozent der Wahlberechtigten nahmen nicht am Urnengang teil.

Die Zuordnung der Stimmen auf Parteien gelten in der de-facto-fremdverwalteten BRD in relevanten politischen Angelegenheiten als völlig bedeutungslos. Bündnisgrüne und AfD legen laut Hochrechnungen vom Sonntagabend je grob 5 Prozentpunkte zu. CDU und SPD verlieren je einige Prozentpunkte, die FDP bekommt nach Verpassen der Fünfprozenthürde keine Landtagsmandate und Abgeordnetenbüros in Hannover zugeordnet (einziger konkreter Abstimmungseffekt).

Die Partei Die Linke versinkt erwartungsgemäß unter den Splitterparteien. Die AfD markiert mit achtbaren rund 11 Prozent den medial notwendigen Gegenpol zur De-facto-Allparteienkoalition des Regimes. Es wird eine »rot-grüne« Koalition unter Amtsträger Stephan Weil (SPD) gebildet werden. Siehe Seite 5 dieser Ausgabe. (ale)

RRICHTIGSTELLUNG: FREIE LINKE FORDERN ENTSCHULDIGUNG

DW/Berlin. Am 3. Oktober 2022 sind Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung »Freie Linke« in Berlin von gewalttätigen Staatsagenten angegriffen worden (DW berichtete in #DW107, Seite 4). – Hierzu muss DW das Datum und den Ort richtigstellen, was wir hiermit tun und bitten um Nachsicht, red. – In einer aktuellen Presseerklärung stellen die Freien Linken nun klar: »Wir fordern die Veranstalter von ›Heizung, Brot und Frieden‹ am 3. Oktober auf dem Potsdamer Platz in Berlin auf, zu den Übergriffen gegen unsere Mitglieder Stellung zu nehmen (...). Warum wurden die Regeln des Demonstrationsrechts missachtet und die Gewalt gegen uns zugelassen? Wir sind jederzeit bereit, mit den Organisatoren einen fairen Dialog über jedwedes Thema zu führen. Wir fordern eine Entschuldigung und Distanzierung von dem Gewaltausbruch gegen friedliche Teilnehmer – auch, um den linken Ideen nicht noch mehr als ohnehin schon zu schaden.« (ale/red)

»Noch nicht Krieg«

Die BRD im »Deutschlandtrend« | BERICHT und KOMMENTAR von Hendrik Sodenkamp

Es ist nur wenige Tage her. Das russische Militär ändert seine Taktik und setzt verstärkt auf seine Luftwaffe in der Ukraine. Nur einen Tag darauf kommt am 11. Oktober 2022 die Antwort der deutschen Kriegsministerin Christine Lambrecht (SPD). Deutschland werde nun Luftabwehrwaffen in die Ukraine exportieren. Wer noch einen Beweis brauchte: Die Bundesrepublik ist ganz eindeutig Kriegspartei.

Die Vorstellung ist in etwa diese: Deutschland ist das Hinterland mit den Waffenfabriken. Die Ukraine soll pures Schlachtfeld sein. Dass die russische Führung sich diese Logik nicht gefallen lassen wird, machte der russische Außenminister Sergei Lawrow bereits mehrmals klar. Deutschland sei für die Russische Föderation Kriegspartei.

Dementsprechend wird auch in Deutschland jeder negative Vorfall als russischer Angriff gewertet, wie zuletzt die vermutliche Sabotage des deutschen Zugnetzes am Samstag, 5. Oktober. War früher noch der Seufzer, »Achja, die Bahn halt.«, Usus, heißt es nun: »Dir werd ich's zeigen Russe!«, und die Heizung wird ausgeschaltet.

Die nun immer weiter verstärkte Richtung ist klar: Der inzwischen irgendwie als völlig normal akzeptierte »regierende« Bundeswehrgeneral Carsten Breuer warnt vor weiteren »Anschlägen auf die kritische Infrastruktur« in Deutschland. »Jede Umspannstation, jedes Kraftwerk, jede *Pipeline*« könne angegriffen werden und ein mögliches Ziel sein, sagte der Befehlshaber des »neuen territorialen Führungskommandos der Bundeswehr« dem Springer-Blatt *BamS*. Weiter wird Breuer zur Gegenwart in Deutschland zitiert:

»Das ist der Zustand zwischen nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht richtig Krieg«.

Der Krieg wird also zunehmend total in dem Sinn, dass wirklich alles, jeder Bahnhof, jede Stromtrasse, jedes Amazon-Warenlager, jeder Großmarkt, jedes Industriegebiet zum potentiellen Kriegsgebiet erklärt wird und nun ein Staat – *hier:* »der Russe« – als Bedrohung, als Feind ausgemacht ist. Castrop-Rauxel ist gerade noch friedlich, könnte aber jeden Moment für das Regime ein kritischer Kriegsschauplatz werden.

Die Antwort des Regimes auf die selbsthergestellte Bedrohungslage ist die gleiche, die wir seit dem 11. September 2001, und noch verstärkt seit Corona kennen: »Wir müssen die kritische nationale und internationale Infrastruktur vor dem Kollaps bewahren.« Und weil unsere industrialisierten, hocharbeitsteiligen und von Infrastruktur geschwängerten Gesellschaften eben fast nur aus kritischer Infrastruktur bestehen, kann die Macht überall den Ausnahmezustand wegen der Bedrohungslage ausrufen.

Diese Logik kommt aus dem Kalten Krieg und wird im französischen Meisterwerk »Manifest der Verschwörer« eines anonymen, aber außerordentlich bekannten Autorenkomitees fein ausgearbeitet. Das Buch erscheint Mitte Oktober im Sodenkamp & Lenz Verlag.

In dieser Kriegslogik ist auch der Kampf gegen Klimakatastrophen »aus Gründen der internationalen Sicherheit« zu verstehen, den das Genie Annalena Bärbock in dieser Woche verkündete. Dafür soll nun verstärkt auf »hitzeresistentes Saatgut« gesetzt werden, über das erstaunlicherweise das Gentechnik-Industriekartell verfügt. Bald also Getreide Marke Biontech für die »Resilienz kritischer Infrastruktur«. Unsere Herrscher haben wirklich für alles nur eine Antwort.

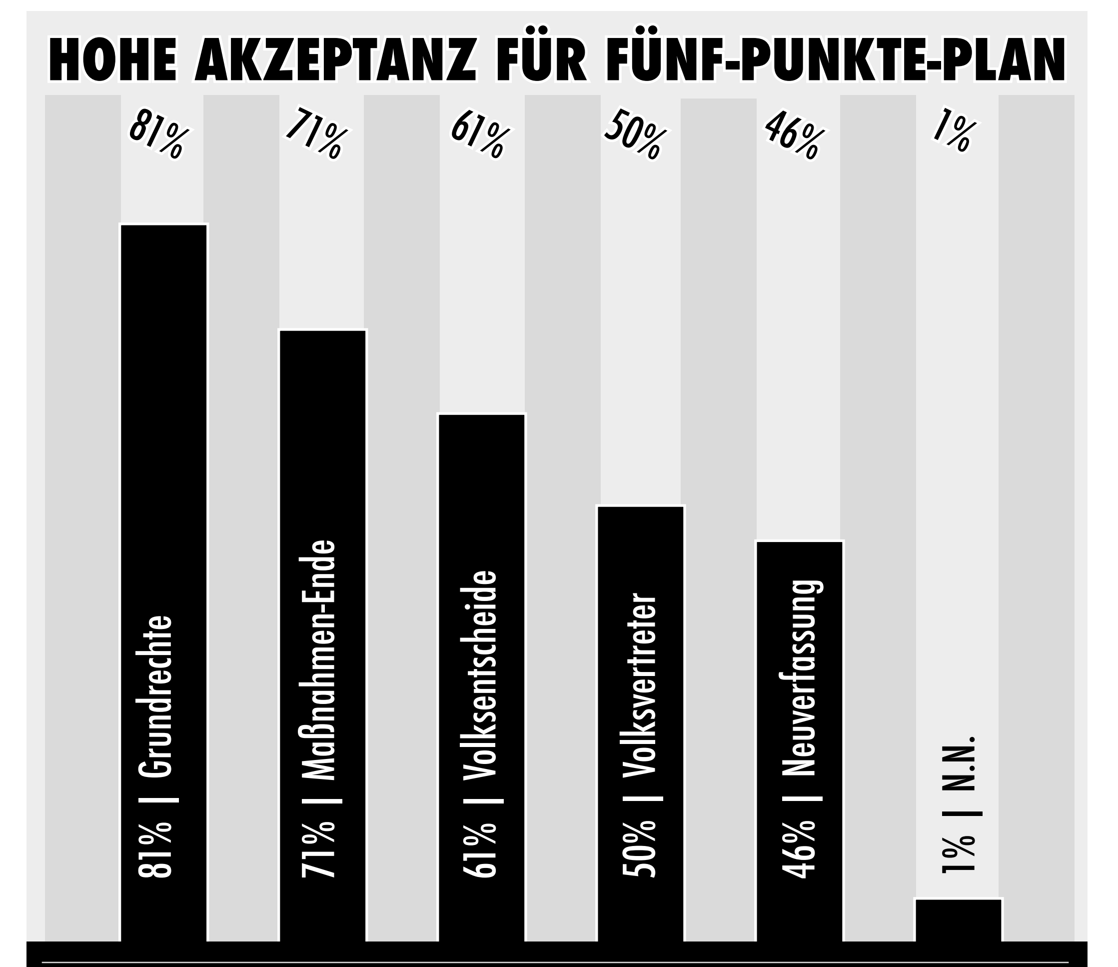
KRIEG GEGEN DIE BEVÖLKERUNG

Eigentliches Ziel ist »Der Krieg gegen die Bevölkerung«, wie es Professor Klaus-Jürgen Bruder darlegte. Weil wirklich alles kriegswichtige »kritische Infrastruktur« wird, ist praktischerweise jeder Streik, jede freie Meinungsäußerung, die nicht der Regierungspropaganda entspricht, und jede freie menschliche Abweichung von der vom Regime geforderten *Soldateska*-Mentalität wehrkraftzersetzend und spielt demnach dem russischen Feind in die Hände. Vor einem Jahr war der Feind noch Corona – irgendeiner soll und wird immer da sein.

Das scheint auch Karl Lauterbachs Job zu sein, den er in der Form einer Selbstkarikatur ausübt: Den Krieg gegen Corona für unbeendbar zu erklären, sodass man ihn bei Bedarf, also zum »Schutz kritischer Infrastruktur«, wieder hervorholen kann. Um daran zu erinnern, dass der Feind immer mitatmet, sollen wir nun nach Lauterbachs und Justizministers Buschmann wieder Masken aufziehen – und was noch alles machen (Seiten 12/13 und 14 dieser Ausgabe #DW108).

Die durch Bundeswehrsoldaten geschützten »kritischen Infrastrukturen«, also potentiell jeder Ort in Deutschland, sind natürlich viel weniger leichtes Opfer eines Aufstandes oder gar einer Revolution der Bevölkerung gegen das in seinem Untergang um sich schlagenden Regimes. Perfekt, so lässt sich weiter in einer Form herrschen, die immer weniger Menschen wollen.

Aus einem wie immer mit Vorsicht zu genießenden *ARD*-Deutschlandtrend ging nun hervor, dass nur noch 50 Prozent der Deutschen mit der derzeitigen, hüstel, Demokratie einverstanden sind, ein Allzeittief. In Ostdeutschland sind es sogar nur 35 Prozent. Schon nach demokratischen Mehrheitsmaßstäben müsste nun eine Verfassungebende Versammlung einberufen werden.



DW-UMFRAGE • »Bei der historischen Abstimmung am 1. August 2022 vor unserem Bundestag nahm das anwesende deutsche Volk den 5-Punkte-Plan der Demokratiebewegung per Akklamation an (vgl #DW100).« (Mehrfachantworten möglich.)

DW-Online-Umfrage Bis 12. Oktober 0:01 Uhr gingen 20.724 Stimmen per t.me ein.

14.887 Stimmen oder rund 71 Prozent: Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland.
16.874 Stimmen oder 81 Prozent: Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn.
10.553 Stimmen oder 50 Prozent: Neuwahlen und Brechung des Parteienprivilegs. Imperatives Mandat!
12.706 oder 61 Prozent: Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten.
9.539 Stimmen oder 46 Prozent: Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.
356 Stimmen oder 1 Prozent: »Weiß nicht / mag die Frage nicht.«

WAS TAUGEN WAHLERGEBNISSE NACH BERLIN?

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

In Niedersachsen wurde gewählt. Es gibt wohl auch ein Ergebnis. Das Wichtigste an ihm ist das Desinteresse der Öffentlichkeit.

In Berlin wurden 2021 die zeitgleich durchgeführten Wahlen zum Bundestag und zum Landesparlament plump gefälscht: Tausende Stimmzettel verschwanden oder wurden nie geliefert. In den Wahllokalen herrschte teils Chaos. Die Berichte von unzulässig kurzen oder langen Öffnungszeiten und anderen »Unregelmäßigkeiten« sind Legion. Zur Entschuldigung trug die Landesregierung ein Argument vor, dass die Republik stets geneigt ist, dem gescheiterten Stadtstaa t durchgehen zu lassen: Inkompetenz.

Deutliches Indiz dafür war bereits, dass am Wahltag zeitgleich der Berlin Marathon mit vielen zehntausenden Teilnehmern veranstaltet wurde. Erst ein Jahr danach hat das Berliner Landesverfassungsgericht sich zu diesem GAU (Größter Anzunehmender Unfall) einer Demokratie geäußert. Wie ein Regionalblatt zutreffend berichtete, hat das Gericht in der Zwischenzeit wie ein Löwe gekämpft. Sogar bis an die Grenzen des rechtlich zulässigen ging es. Was dieses Blatt verschwieg: Der Kampf verlief in die falsche Richtung.

Wer die Reportagen von *Tichys Einblick* und *Apollo News* verfolgt (und DW, Red.), weiß: Das Berliner Verfassungsgericht unter seiner Vorsitzenden Ludgera Selting musste immer wieder zum Jagen getragen werden.

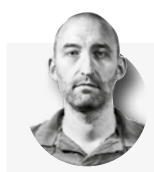
Der Kläger gegen die Wahlfälschung, der frühere Berliner FDP-Abgeordnete und heutige Vorsitzende der »Good Governance«-Gewerkschaft Marcel Luthe, musste sich über ein Jahr lang gegen Verzögerungs- und Ablenkungsmanöver des Gerichtes zur Wehr setzten. Auch freie Journalisten, die dem Skandal nachgingen, wurden von diesem Verfassungsgericht immer wieder in ihrer Arbeit behindert.

KEIN ANHALTSPUNKT FÜR VERTRAUEN

Die Berliner Marionettenrichter haben zu verhindern versucht, dass die Wahlfälschung Konsequenzen für ihre Nutznießer hat. Ein Jahr lang ließen sie die illegitime Bürgermeisterin Franziska Giffey und ihre ebenso illegitime Landesregierung unbehelligt an der Macht. Sie luden die Gewohnheitsbetrügerin Giffey geradezu ein, ihrer Leidenschaft zum Fälschen auch in der Zukunft freien Lauf zu lassen. Nein, nach der Niedersachsenwahl gibt es keinen Anhalt für Fälschungen. Das Problem ist nur: auch keinen Anhalt für Vertrauenswürdigkeit. Nach dem Desaster in Berlin verhöhnt das Regime mit seinem kommentarlosen Übergang zur »Normalität« der Niedersachsenwahl erneut alle Kritiker.

Berlin hat bewiesen: Unser Wahlsystem ist unzuverlässig und mit ihm seine Ergebnisse. Das Regime macht mit seiner Verleugnung dieser Tatsache den 39 Prozent, die dort gar nicht mehr wählen, unmissverständlich klar: »Ihr zählt nicht.« Den Wählern der AfD hatte man das ja bereits zuvor wörtlich gesagt.

Die Mehrheit, auch der Menschen in Niedersachsen, hat mit der Parteien-Korruption gebrochen und damit auch mit dieser Republik.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

Die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Wie sagte schon Kurt Tucholsky: »Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten.« Und bei Betrachtung der Landtagswahl in Niedersachsen scheint diese Aussage nahezu magisch. Wie sonst kann sich der Mensch mit normalem Verstand dieses Wahlergebnis erklären? Bei einer Wahlbeteiligung bei etwas über 60 Prozent wählte der brave Niedersachse eine Rot-Grüne Regierung. Was mir dazu einfällt? Ich bin ein Star – holt mich hier raus!

Landeshauptstadt Hannover
Landtagswahl 09.10.2022 - Zweitstimmen

SPD	CDU	GRÜNE	FDP	AfD	DIE LINKE.	Sonstige
31,0 %	19,7 %	25,5 %	5,1 %	7,3 %	4,4 %	6,9 %

Grafische Darstellung der Parteien bei der Niedersachsenwahl. Bild: LHH/hannover.de

Und ich frage mich: Was stimmt mit den Menschen nicht? Diese Landtagswahl hätte auch ein Denkzettel an die irren Ideologen auf Bundesebene sein können – doch stattdessen werden diese auf Landesebene noch bestätigt. Die SPD lag vorn, gefolgt von der CDU und den Grünen, die ein deutliches Plus verzeichneten. Richtig zugelegt hatte auch die AfD mit knapp 11 Prozent und einzig und allein die FDP wurde aus dem Parlament gewählt. Wenigstens etwas.

Wie aber lässt sich der Zuwachs der Grünen erklären? Für mich gibt es keine plausible Erklärung, außer Manipulation der Wahlergebnisse. Und das ist natürlich eine Verschwörungstheorie. Ich möchte einfach nicht glauben, dass meine Landsleute – ich komme nämlich gebürtig aus dem Kreis Osnabrück – so dämlich sind, dass sie die Henker auch noch in dem bestätigen, was sie gerade tun: Deutschland nachhaltig zu zerstören.

ANPASSER: GRÜN VOR NEID

Ich möchte nicht jeglichen Respekt vor diesen Menschen verlieren, denn so beschränkt kann doch niemand sein? Niedersachsen hat viel Landwirtschaft, einige mittelgroße Städte, viel Mittelstand. Wer um Himmels Willen wählt dort die Rot-Grünen? Haben die Menschen den Verstand verloren? Wieso ist der Deutsche nicht mal in der Lage, etwas radikal anderes zu tun? Etwas, was er nicht schon immer so gemacht hat? Protest wählen? Ein Zeichen setzen, schockieren, was Neues ausprobieren? Wir haben doch nichts mehr zu verlieren, es kann doch nur besser werden? Dass zumindest ein Teil die AfD gewählt hat, finde ich erfreulich, aber es sind viel zu wenige, um den etablierten Parteien Angst zu machen.

Ich hoffe nur, mich spricht niemals jemand an, wenn das Kind im Brunnen liegt und jammert, dass man das alles doch nicht habe wissen können.

KRIEGSTREIBER AUF WEICHEM SOFA

Und während Niedersachsen den Irrweg der Regierung bestätigt, treibt diese das eigene Land zunehmend in den eigenen Ruin. Die Sanktionen greifen, Deutschland droht eine Pleitewelle ungeahnten Ausmaßes. Auf der Seite *pleiteticker.de* finden Sie das Drama auf einen Blick. Obwohl Russland und Gazprom mehrfach angeboten haben, Gas über den intakten Teil von Nord vStream 2 zu liefern, schweigen Medien und Bundesregierung zu diesem Angebot beharrlich.

Wie lässt sich das erklären? Ich sage es Ihnen: Die Gasverknappung ist Absicht. Natürlich ist es kaum vorstellbar, wie abgebrüht und fehlgeleitet eine Regierung sein kann. Doch wenn es für jeden normalen Menschen nachvollziehbar ist, was hier gerade passiert, dann ist es das für die Regierung natürlich auch. Die entscheidende Frage, die ich mir stelle, ist, wie wir dieses Regime je wieder loswerden? Sie scheinen alle im Kriegsrausch zu sein, vom Sofa aus lässt sich gut reden.

Sogar der Botschafter der Ukraine Andrij Ljudmyla Melnyk reist allein zurück nach Kiew, seine Frau und Kinder bleiben in Deutschland. Unglaublich, dass sein eigener Sohn lieber hier studiert, als sein Vaterland mit der Waffe vor Ort zu verteidigen – und das bei dem Vater? Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

INHAFTIERT WEGEN MASSNAHMENKRITIK

INTERVIEW mit dem Rechtsanwalt ***Ralf Ludwig***

Demokratischer Widerstand: Herr Ludwig, Sie sind Anwalt und Menschenrechtler, galten als bester Freund und Berater Michael Ballwegs bei der Verteidigung des Grundgesetzes 2020. Wie geht es Michael Ballweg heute?

Rald Ludwig: Michael geht es sehr gut. Er weiß, dass er unschuldig ist und die Zeit in der Justizvollzugsanstalt irgendwann in der Vergangenheit liegen wird. Er nutzt die Zeit zur Meditation, zum Lesen und schreibt ein Buch. Auf der Webseite von Querdenken-711 (www.querdenken.711.de) werden seine Briefe veröffentlicht, die ausdrücklich zum Abdruck freigegeben sind.

DW: DW veröffentlicht konstant zu Michael Ballweg auf dem Titel und auch Briefe. Herr Ludwig, Sie sind auch einer der Verteidiger. Nochmal für neue Leser: Was wird dem Bürgerrechtler und Entwickler des »Freedom Phones« überhaupt vorgeworfen – und was ist dran?

R.L.: Michael Ballweg wird vorgeworfen, Schenkungen, die er für Zwecke von Querdenken – also für Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen – erhalten hat, zweckwidrig verwendet zu haben. Die Vorwürfe sind völlig aus der Luft gegriffen. Michael Ballweg hat im Gegenteil erhebliche Geldmittel aus seinem eigenen Vermögen dazu verwendet, um dafür zu kämpfen, die Grundrechte wieder vollständig herzustellen.

DW: Herr Ludwig, Sie sind Gründer des Menschenrechtszentrums zur Aufarbeitung der Verbrechen des Corona-Regimes, ZAAVV. Wann würde das ZAAVV gegründet und wie entwickelt sich Ihr Werk?

R.L.: Das Zentrum für Aufklärung, Aufarbeitung, juristische Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit durch die Corona-Maßnahmen (ZAAVV) wurde letztes Jahr initiiert. Im November letzten Jahres hatten wir einen Initiativworkshop zur Gründung des Zentrums. Seitdem versuchen wir, eine Struktur aufzubauen, um die Ziele des Zentrums zu verwirklichen.

Im kommenden November findet der erste große Arbeitsworkshop statt, mit dem das ZAAV seine operative Arbeit aufnimmt. Ab Ende November können alle Opfer von staatlichen Maßnahmen diese über unsere Webseite umfangreich beschreiben, archivieren lassen und für eine strafrechtliche Ermittlung und spätere Anklage vor einem internationalen Strafgericht freigeben. Jeder Täter und jede Täterin soll sich für ihre Taten vor den Opfern verantworten müssen.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Der »Murmeltiertag«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

Wer kennt ihn nicht, den berühmten »Murmeltiertag« aus einem ähnlich benannten Kinofilm aus dem Jahre 1993. Für die jüngeren Leser, die sich dieses Stück Kinogeschichte noch nicht angeschaut haben, kann ich vermelden, dass es eben wieder soweit ist: Wie im Film glaubt man, auch in diesem Herbst an die vergangenen Jahre erinnert zu werden, ja regelrecht in einer Zeitschleife aufzuwachen.

Da vermelden die Krankenhäuser wieder »eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems« (Meldung vom 12. Oktober 2022). Das Saarland erwägt die erneute Einführung von Maßnahmen – und allen voran propagiert der Bundesgesundheitsminister die Einführung der Maskenpflicht – »zunächst« – in Innenräumen.

Warum erzähle ich all das, ist doch ein alter Hut. Jedoch gebieten es meine Erfahrungen der zurückliegenden zwei Jahre, in denen ich bundesweit vor Gericht tätig gewesen bin, dies zum Anlass zu nehmen, auf die Gefahren, die sich vor allem in Gerichtsverfahren gezeigt haben, hinzuweisen. Denn nicht selten war die richterlich, verordnungs- oder hausrechtlich angeordnete Maskenpflicht DAS Streitthema vor Gericht schlechthin. Und ebenfalls nicht selten führte »die Maske« und deren Nichttragen zu teils abenteuerlichen Vorkommnissen, die am Ende sogar zum Rechtsverlust und zur Einleitung neuer Strafverfahren führte.

Mir selbst wurde sogar in zwei Fällen seitens des Gerichts unter Androhung des gewaltsamen Entfernens aus dem Gerichtssaal die Maske aufgezwungen. Und sogar während der »maskenfreien« Zeit nahmen einige Teile der Richterschaft für sich in Anspruch, entgegen dem Vermummungsverbot des Paragaraphen 176 Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes bessere Virologen zu »spielen«, indem sie auch weiterhin das Tragen von Masken (auch für sich selbst) zumindest tolerierten, was ohne jeglichen – zumindest formalen – Beschluss im Rahmen des § 176 GVG schlichtweg rechtswidrig ist.

Die Spatzen pfeifen es somit bereits laut von den Dächern: Die Maske wird in Deutschland angesichts der sich zuspitzenden, vor allem medialen, Paniklage auch und vor allem im Gerichtssaal wohl und übel ihr großes *Comeback* feiern. Das wird erneut zu zahlreichen Konflikten im und außerhalb von Gerichtssälen führen. Leider.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BALINGEN: Donnerstag 11.30 • Schwarzwälder Bote • Herrenmühlenstr. 4
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • Funke Medien • Jakob Funke Platz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • DIE ZEIT • Speersort 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Arkaden • Breite Str. / Auf der Ruhr
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MEININGEN: Dienstag ab 12 • Am Brunnen • Marktplatz
MÜNCHEN Donnerstag: ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch 19.15 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SIEGE: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WÜRZBURG :Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADLKOFEN, 18:30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme – BERLIN- KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 15.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.10.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 15.10.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 15.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 15.10.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 15.10.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 15.10.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 15.10.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.10.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 16.10.2022 14-17:30 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demoaufzug
So, 16.10.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 16.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 16.10.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 16.10.2022 14-19 Uhr	Oberhausen, Friedensplatz	GROßDEMO
Mo, 17.10.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 17.10.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Darmstadt, Luisenplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 17.10.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 15-18 Uhr	Neubrandenburg, am Marktplatz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 17.10.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.10.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.10.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 17.10.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 17.10.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 18.10.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 18.10.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.10.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 18.10.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 18.10.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 19.10.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 19.10.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 19.10.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 19.10.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 19.10.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 19.10.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 19.10.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 19.10.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 19.10.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 20.10.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 20.10.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 20.10.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 20.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 20.10.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 20.10.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 20.10.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 21.10.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 22.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.10.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 22.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.10.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 22.10.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROßDEMO
Sa, 22.10.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 22.10.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.10.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 22.10.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 22.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 22.10.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
So, 23.10.2022 14-18 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demoaufzug
Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



ANTWORT IM FALL DER JOURNALISTIN ANTONULAS

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Sophia-Maria Antonulas erhielt am 28. September 2022 auf ihre Dienstaufsichtsbeschwerde hin (siehe #DW104, Seite 6) Post von der Berliner Polizei, Abteilung Zentrales Beschwerdemanagement. In dem Schreiben wurde ihr eine journalistische Tätigkeit weiterhin aberkannt. Ein Fehlverhalten des Mitarbeiters der Pressestelle wies man »auf das Entschiedenste« zurück. Des Weiteren wurde ausgeführt:

„Das Angebot der Pressestelle der Polizei Berlin gilt jedoch ausschließlich für Personen, die journalistisch tätig sind und sich als solche ausweisen. […] Von Relevanz für Ihre Anerkennung als Journalistin ist ein Nachweis journalistischer Tätigkeit. Das Berliner Pressegesetz verpflichtet die Presse, alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Wahrheit und Herkunft zu prüfen. […] Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind entsprechend diesem Pressekodex oberste Gebote der Presse. […]. Ihre Artikel sind jedoch gänzlich ungeeignet, Ihre journalistische Tätigkeit zu belegen, da sie weder der im Pressekodex geforderten Achtung vor der Wahrheit und der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit noch der im Berliner Pressegesetz verlangten Wahrhaftigkeit und Sorgfalt im Hinblick auf Wahrheit genügen. […] Ihre Behauptung, im beschwerten Sachverhalt werde die Pressefreiheit eingeschränkt, geht fehl, weil Sie nicht in der Lage waren, Ihre journalistische Tätigkeit glaubhaft zu machen. Als anerkannte Journalistin stände Ihnen der Service der Pressestelle voll zur Verfügung.«

Wir empfehlen der Polizei Berlin dringend einen Blick in Art. 5 Abs. 1 GG:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.«

Oder in Kurzform: Die Presse ist frei. Rechtsanwalt Gordon Pankalla hat im Namen der Journalistin eine deutliche Antwort mit Vorbehalt einer Verpflichtungsklage veranlasst (vgl. #DW106, Seite 13). Im Übrigen: Die unserem Verein zugesicherte Antwort auf unser Beschwerdeschreiben in diesem Fall an die Berliner Polizeipräsidentin haben wir bislang nicht erhalten.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

Für Michael

Von Alexandra Motschmann

Jeder hat einen Familienstamm und fühlt sich möglicherweise »daheim«. Aber in Stammheim fühlt sich wohl niemand wirklich zu Hause.

Thema ist die Judikative, die ich mit der Freisler-und-Römer-Epoche vergleichen müsste. Ich hatte sogar einen Brief an den Richter verfasst und zugesandt. Doch diese arme Seele scheint schon verloren. Jemanden einzusperren, den man eigentlich hinsichtlich der rechtlichen Gegebenheiten spätestens bei der zweiten Haftverhandlung hätte gehen lassen müssen, ist unlauter. Und wohl auch Rechtsbeugung, wie der Rechtsanwalt Ralf Ludwig klarstellte (#DW106).

Als Staatsanwaltschaft würde ich mich schämen, denn diese Vorgehensweise wird in der nahen Zukunft auf die Liste der *Lessons Learned* geschrieben werden, die Aufstellung der gelernten Lektionen, beziehungsweise steht dort schon geschrieben. Wie so vieles in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren auf dieser Liste bereits steht. Mir zerreißt es schier das Herz, wenn ich mir vor Augen halte, was ich sehen und hören musste. Alte und junge Menschen, die allein sterben mussten. Kinder, die mit der Maske in den Schulbänken saßen und nach Luft schnappen mussten. Das nenne ich Folter, Gefährdung des Kindswohles. Menschen, die von der Polizei fast totgeprügelt wurden oder in »Polizeimaßnahmen« zu Tode kamen (derer mindestens zwei allein in Berlin unter der fachfremden Polizeipräsidentin Barbara Slowik, red.). Konten, die gesperrt wurden, Videos die zensiert wurden, Paypal, das Menschen zensiert, die ihre Meinung sagen und so vieles mehr. Dies allein schon 2020. Seit 2021 werden Menschen in großer Zahl mit den Injektionen zuerst segregiert, dann traktiert, oft geschädigt und schließlich in erheblicher Zahl getötet (vgl. Dr. Mike Yeadon, Seite 3 dieser Ausgabe).

#FREEBALLWEG / #FREEMICHAELBALLWEG

Um zurückzukommen auf die »LL», die *Limited Liability* oder beschränkte Haftung; es wurde in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren auf der Menschlichkeit herumgetrampelt. Wären wir Weintrauben gewesen, dann wäre wir sicherlich ein guter Jahrgang 2020, gut durchgewalkt und bis zum Geht-nicht-mehr getreten. Diese unmenschliche Art mit uns umzugehen ... Phänomene aus der Tierwelt kommen mir in den Sinn. Die einen verstecken sich, stellen sich unsichtbar und die anderen schlagen wie wild um sich. Andere sind überbürokratisch und geben den überaus Pflichtbewussten, wie man es bei vielen Beamten leider auch in teils grundgesetzwidrigem und sogar menschenrechtswidrigem Ausmaß feststellen musste.

Nun zurück auf die eigentliche NWO- oder WEF-Situation (Neue Weltordnung; Weltwirtschaftsforum), die Richter zu einer Verletzung der Gesetze verleitet und diese dafür einsetzt, sich auch noch antreiben zu lassen. Wie kann das nur sein? Ein Richter muss Recht walten lassen, und das scheint mir hier nicht mehr der Fall. Ich schäme mich für die Justiz, die hier im Bundesland Baden-Württemberg und somit in diesem Deutschland ihr Unwesen treibt. Wo ist hier denn der edle Charakter geblieben, des Richters, der für Recht und Gesetz eingesetzt wurde und eine sehr wichtige Aufgabe übernommen hat, mit hohem Gehalt, damit er gerade in schwierigen Situationen und unter Druck unbestechlich den Charakter wahren kann. Natürlich nicht nur der Richter Berger wird sich zu verantworten haben, sondern auch der Staatsanwalt. Möge der liebe Gott ihrer Seele gnädig sein.

Wir hatten vorletztes Wochenende eine Veranstaltung, dessen Teilnehmer aus der Mitte der Gesellschaft kamen, einige Mittelständl er, Aktivisten für die freiheitliche Demokratie und amtierende Politiker, und wie schade, dass Michael nicht mit dabei war. Wann obsiegt endlich wieder die Menschlichkeit, wann befreit sie sich aus der Schockstarre, wann kommt ein »Garten Eden« – oder zumindest eine Gesellschaft, die achtsam und nachhaltig mit jedem einzelnen Menschen, der Natur und den Ressourcen umgeht?

Möglichst bald, wäre mein Vorschlag, denn derzeit regiert nicht der Humanist Feuerbach, sondern der Transhumanist Harari – und mit dieser dunklen teuflischen Seite vergeht so vielen zurecht alles an Fortschrittshoffnung und Glauben an das Gute im Menschen.

Doch das Gute hat immer obsiegt. Besonders mit Liebe und Vergeben entwaffnet man diese destruktiven Geister.

Sehr geehrter Herr Richter,
ich wünsche ihnen Mut
Recht zu sprechen.
ich hoffe sie haben den Mut
ihre Vorurteile zu überwinden
die Wahrhaftigkeit ist
offensichtlich und ihre
Courage macht den
Unterschied zwischen
Recht und Unrecht
Hochachtungsvoll

Spiegelverkehrt geschriebener Brief der Politikerin Alexandra Motschmann an den verantwortlichen BRD-Richter.

Der Brief kann vor dem Spiegel stehend gelesen werden.

Der unter dem stärksten Verdacht der Rechtsbeugung und Billigung von Folter stehende Haftrichter Berger lässt den Bürgerrechtler und Entwickler des »Freedom Phones« (ohne serienmäßig eingebaute Überwachung) seit 29. Juni 2022 rechtswidrig in Stuttgart-Stammheim in Haft halten. (ale)

DIE HYGIENE ALS SOZIALES PROBLEM

Bestandsaufnahme der Neuen Normalität | Von Dr. Thomas Külken, NichtOhneUns Freiburg i. Br. (*nichtohneuns-freiburg.de*)

Im Namen der Hygiene reglementiert seit März 2020 der Staat alles soziale Leben – und das in einer Form, einem Ausmaß und einer Rücksichtsichtslosigkeit, wie es die Welt noch nie gesehen hat.

Kann es da noch mit rechten Dingen zugehen? Und was denn wären die rechten Dinge im sozialen Leben? Diesen Fragen gehe ich in einer Reihe von insgesamt sechs Beiträgen nach. In diesem ersten Beitrag soll es um eine kurze und noch unsystematische Bestandsaufnahme der »Neuen Normalität« gehen, mit der die Hygiene zum Thema aller Themen gemacht wurde.

WAS IST HYGIENE?

Zunächst einmal ist Hygiene die Lehre von der Erhaltung und Förderung der Gesundheit, und dann auch die praktische Anwendung dieser Lehre. Damit ist die Hygiene vorwiegend eine rein private Angelegenheit; denn es ist ja meine persönliche Entscheidung, ob ich mich dieser Lehre gemäß pflege, ernähre, bewege, ausruhe und so weiter, oder ob ich das nicht tue.

Nur in bestimmten Fällen ist die Hygiene auch eine soziale Angelegenheit, nämlich dann, wenn die Gesundheit anderer Menschen in erheblichem Maße gefährdet ist. So ist man zum Beispiel dazu gekommen, gesetzlich zu regeln, wo wir unsere Exkremente lassen dürfen und wo nicht, und was dann mit ihnen weiter zu geschehen hat in Kläranlagen und so weiter. Oder man hält es für sinnvoll, an Typhus erkrankten Menschen zu verbieten, in Gemeinschaftsküchen zu arbeiten. Und damit sind wir auch schon im Sozialen angekommen.

Die gesetzlich verankerten oder staatlich verordneten Hygieneregeln wirken in das soziale Leben hinein. Darum kommt alles darauf an, dass diese Regeln so zustande kommen, dass sie zum Wohl und nicht zum Schaden der Menschen und der Gemeinschaft ausschlagen. Nun ist die Menschheit auf einer Stufe ihrer geistigen Entwicklung angekommen, wo Gesetze und Verordnungen nur dann zum Heil der Menschen und des sozialen Miteinanders ausschlagen, wenn sie – unter Achtung des unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechtes aller Menschen – auf demokratischem Wege zustande kommen.

Das bringt unser Grundgesetz in dem lapidaren Satz zum Ausdruck: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Das heißt: Wenn die Staatsgewalt als Regierung, als Exekutive, überhaupt in das Gesundheitsverhalten der Bürger eingreifen dürfen soll, dann ausschließlich aufgrund der von der Legislative demokratisch beschlossenen Gesetze.

Wirklich demokratisch kommen Hygieneregeln nur dann zustande, wenn die Menschen, die über diese Regeln abstimmen, sich vorab ein gründliches Verständnis für das zu regelnde Problem erarbeiten – dass sie alle Experten auf dem betreffenden Gebiet der Hygiene anhören und sich mit deren Einschätzungen und Ratschlägen auseinandersetzen – und das unter ständiger Einbeziehung von Rechtswissenschaftlern, die über die Vereinbarkeit der geplanten Regeln mit den Grundrechten wachen.

»FRAGLOSIGKEIT, EMPATHIELOSIGKEIT, GEWISSENLOSIGKEIT«

Das alles aber geschieht so gut wie gar nicht; es geschieht weder in den Parlamenten, noch in der Bevölkerung und es geschieht selbst dort nicht, wo es allerspätestens zu geschehen hätte: in den Gerichten. Was sich stattdessen überall breitgemacht hat, das ist ein besinnungsloser und zutiefst undemokratischer Autoritätsglaube. Wenn eine wissenschaftliche Autorität uns im Auftrag der Regierung öffentlich ermahnt: »Diese Regeln dürfen nie hinterfragt werden; das sollten wir einfach so tun«, und es regt sich kein (umfassender) Widerstand vonseiten der Bevölkerung, kein Widerstand vonseiten der Legislative, kein Widerstand vonseiten der Judikative, dann ist der traurige Beweis erbracht, dass wir nicht nur keine Demokratie haben, sondern dass die Demokratie auch gar nicht gewollt ist. Wenn die Demokratie nicht gewollt ist, dann ist auch die Menschlichkeit nicht gewollt. Der Mensch ist dem Menschen gleichgültig geworden! In Familien und Kollegien, in Kliniken und Universitäten, in Parlamenten, Regierungen und Gerichten – überall bestimmen Fraglosigkeit, Empathielosigkeit und Gewissenlosigkeit das soziale Leben. Warum denn sonst kamen so wenigen Zeitgenossen Bedenken oder Skrupel, im Namen der Hygiene Alte und Kranke verwahrlosen zu lassen, Sterbende alleinzulassen. Kindern irrationale Ängste und Schuldgefühle einzuimpfen mitsamt dem Irrglauben, sie seien potentielle Mörder und von der Gesellschaft nur dann geduldet, wenn sie sich frag- und klaglos den Abstands-, Masken-, Test- und Impftorturen unterwerfen?

Soweit mein erster von sechs Beiträgen zum Thema »Die Hygiene als soziales Problem«. Im nächsten Beitrag werde ich der Frage nachgehen, wie es zu dem beschriebenen Verfall der Menschlichkeit kommen konnte. Zum geistigen Begleiter dieser Betrachtungen habe ich den folgenden Denkspruch Rudolf Steiners (österreichischer Schriftsteller und Begründer der Anthroposophie) ausgewählt: »Die Welt ist ohne den Geist / Für den Menschen wie ein Buch, / Abgefasst in einer Sprache, / Die er nicht lesen kann, / Doch von dem er weiß / Dass sein Inhalt lebenbestimmend ist. // Und Geisteswissenschaft will erstreben / Die Kunst des / Lesens; / Sie hält sich für notwendig, / Weil sie glauben muss, / Dass sie von dem Leben / Selbst gefordert wird, / In das die Menschheit / Durch die Entwickelungskräfte / Der Gegenwart / Eingetreten ist.«



Dr. med. Thomas Külken ist Arzt aus Staufen bei Freiburg im Breisgau. Sein Podcast erscheint via NichtOhneUns-Freiburg.de

»Die Idee, die Spaltung einfach auszuhalten«

oder: Anpassung und Perspektivwechsel als legitime Option?

Diesmal spreche ich mit Jasmin Kosubek. Zunächst am Telefon, dann per Elektropost. Die Kommunikation ist von kollegialem Respekt getragen. Die Umstände sind erwähnenswert. Es ist ein bewölkter Herbsttag im Salzburger Land, wo ich gerade mit meiner Frau und meiner Tochter Marie über grüne Hügel wandere. Am Wochenende muss ich einfach auch mal ein paar Stunden ohne Demonstration raus. Telefon aus, durchatmen! Wir singen aus Wagners Chor der Pilger, Tannhäuser, das »beglückt darf nun, …« Einfach so, weil wir es können.

Doch einen Punkt habe ich zu lange auf der Liste. Frau Kosubek bat um Rückruf. Ich nutze die Gelegenheit für eine Interviewanfrage. Frau Kosubek an fernem Ort, im Hintergrund scheinen Pferde zu wiehern. Wir sind per Sie.

Demokratischer Widerstand: Sehr geehrte Frau Kosubek! Sie sind Betriebswirtin und Marketingfachfrau. Als Redakteurin und Moderatorin des TV-Senders *RT-Deutsch* wurden Sie sehr bekannt und beliebt. Die Arbeit bei der russischen Auslandswelle bezeichneten Sie einst als »Glücksfall«. Wie kommt es, dass Sie seit 2021 nicht mehr bei *RT* zu sehen sind?
Jasmin Kosubek: Ich habe aus Unzufriedenheit mit meiner neuen Stelle als Leiterin der Social-Media-Abteilung und der kopflosen neuen Führung bei RT DE gekündigt. Die Sendung »Der fehlende Part« hatte ich im Juli 2021 aufgegeben, da das neue Führungspersonal kein Interesse an einer Weiterentwicklung hatte. Die neue Stelle hat mich nicht nur ausgelaugt, sondern auch nicht erfüllt.



Die Journalistin Jasmin Kosubek bei der Eröffnung ihrer neuen Serie am 16. Juli 2022. Titel der Ausgabe: »Was will ich hier?« Foto: jasminkosubek.de

DW: Ihr neuer Kanal auf der Plattform *Odysee* (sic!) wurde schnell beliebt. Was sind Ihre neuesten Erkenntnisse?
J.K.: Ich habe mich im Gegensatz zu meiner *RT*-Sendung von dem aktuellen Nachrichtengeschehen freigemacht. Aktuell spreche ich mit Menschen und über Themen, die mich persönlich interessieren. Dazu gehören Psychopharmaka, Traumaarbeit, aber auch die Fragen zu Staat und Gesellschaft. Mein Gespräch mit Professor Matthias Burchhardt zum Thema »Die Delegitimierung des Staates« war ein besonderes *Highlight* und hat mir nochmal vor Augen geführt, wie viele Voraussetzungen gegeben sein müssen, um eine gesunde Demokratie zu etablieren und auch zu erhalten.

DW: Sie stammen aus dem einem internationalen Elternhaus, brasilianisch und deutsch, zum Teil in Österreich aufgewachsen. Wie beeinflusst das Ihre Arbeit und Ihren Blick auf die politische Situation der Gegenwart?
J.K.: Das ist richtig, dazu kommt sogar noch meine USA-Zeit zwischen meinem elften und 17. Lebensjahr. Ich denke, diese Zeit hat mich nachhaltig geprägt und mich in gewisser Weise auf meine jetzige Arbeit vorbereitet. Der Assimilationsdruck beziehungsweise die Anpassungsfähigkeit und der Perspektivwechsel wurden mir so quasi in die Wiege gelegt. Ich verheirate mich nicht mit Positionen oder Meinungen, das sehe ich als Stärke. Allerdings würden Kritiker mir vorwerfen, keine Haltung zu haben.

DW: Mein Kollege Hendrik Sodenkamp und ich trafen Sie auf Ihre Anfrage hin bereits im April 2020 für Ihre damalige Sendung »Der fehlende Part«. Wie blicken Sie heute auf die Demokratiebewegung und diese Wochenzeitung?
Ich hab die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand nicht im Detail verfolgt, wenn ich ehrlich bin. Was ich aber im sogenannten Widerstand oft sehe, ist zum einen eine Abwertung der Anderen, was mit den Worten Schlafschafe oder Systemlinge geschieht, und eine Verhärtung der eigenen Ansichten, was man der Gegenseite gerne vorwirft. Die Abwertung des Gegenübers hilft nicht unbedingt dabei, diese Spaltung zu überwinden. Wobei ich auch die Idee habe, dass wir diesen Moment der Spaltung einfach aushalten müssen.

DW: Frau Kosubek wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Liebe Freunde „Meine Wahrheit"
Bis zuletzt hoffte ich, daß man in Berlin, trotz angeborener Dummheit, das Wohl von Volk und Wirtschaft höher einschätzt, als amerikanische Interessen. Aber nach dieser unglaublichen Aktion der USA gegen Frieden, Menschlichkeit, gegen Umwelt und jegliche Kreatur im Meer, sollte eigentlich jeder aufwachen. Aber stattdessen werden die bisher treuen Medienkonsumenten wieder das Märchen vom bösen Russen glauben. Und die maßlos unfähigen Politiker unseres ehemals wirtschaftlich und wissenschaftlich so starken Deutschland merken es wieder nicht, daß die USA Deutschland nur als treuen und vor allem willfährigen Vasallen brauchen, welchen man auch mal über die Klinge springen läßt. Bodo Schiffmann gab mir 2020 Wissen, Kraft und Zuversicht. Wir versuchen als Familie seitdem Menschen aufzuklären, aber die Anfeindungen nahmen immer mehr zu. Und ich befürchte, wenn man im Fernsehen einen Seeigel zeigt, setzen wieder alle die Maske auf, und lassen sich impfen. Manchmal schäme ich mich, Deutscher zu sein. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. In Sachsen haben die Montagsspaziergänge zahlenmäßig stark zugenommen, und sind ein starker Beitrag für unser aller Ziel.
Mit freundlichen grüßen

MEINE WAHRHEIT

Liebe Freunde, bis zuletzt hoffte ich, daß man in Berlin, trotz angeborener Dummheit, das Wohl von Volk und Wirtschaft höher einschätzt, als amerikanische Interessen. Aber nach dieser unglaublichen Aktion der USA gegen Frieden, Menschlichkeit, gegen Umwelt und jegliche Kreatur im Meer sollte eigentlich jeder aufwachen. Aber stattdessen sollen die noch immer treuen Medienkonsumenten wieder das Märchen vom bösen Russen glauben. (…) Bodo Schiffmann gab mir 2020 Wissen, Kraft und Zuversicht. Wir versuchen als Familie seitdem Menschen aufzuklären (…) aber ich befürchte, wenn man im Fernsehen einen Seeigel zeigt, setzen wieder alle die Maske auf und lassen sich impfen. Manchmal schäme ich mich, Deutscher zu sein. (Doch die) Montagsspaziergänge haben zahlenmäßig stark zugenommen, und sind ein starker Beitrag für unser aller Ziel.

– Hans R., Chemnitz

MILITÄRBASEN IM GANZEN LAND

Wir werden ja sehen, ob die Liebe zu Amerika, das uns 1945 besiegt hat (da war ich 11 Jahre alt) und nach 77 Jahren immer noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen hat – indessen im ganzen Land verstreute Militärbasen hat – stärker ist, als die Liebe zur eigenen Gemeinschaft. Auch wollen wir aus Mitgefühl mit der Ukraine gerne den nächsten Winter frieren! Wir werden sehen… – Roswitha H. Aus Berlin

ZYNIK STEHT EUCH NICHT

Danke für Eure gute Arbeit, Recherche und Duktus. Besonders anregend sind die geschichtlichen Hintergründe, zuletzt regen aber auch die Buchempfehlungen sehr an. Danke für (…) Euren Telegram-Beitrag. Hoffentlich wird es ein Mut-Herbst. P.S. Bitte den Zusatz »Schöne neue Corona-Welt« vweglassen, zu all dem Leid steht Euch diese Zynik nicht. – Susanne S. aus Paraza, Frankreich

KARTE AUS MONTEVIDEO

Lieber Anselm, ich halte hier die Stellung und ich muss sagen, jetzt, wo hier in Uruguay der Sommer naht, wird es so richtig hübsch angenehm. Bitte schreib viel mehr auf, was du von anderen Leuten hältst, die sich da in der Demokratiebewegung wichtig machen! Mann, hast Du eine Geduld mit dem Gesocks zum Teil… – C.Z., ebda.

Keynes und Goldmund

Von Anselm Lenz

Die USA führen die Liste der Auslandsverschuldung mit großem Abstand an, gefolgt von Großbritannien. Allein schon für das Jahr 2016 werden nach dem sogenannten Weltfaktenbuch des US-Auslandsgeheimdienstes CIA für die USA rund 18 Trillionen Auslandsschulden in US-Dollar gelistet, im Deutschen genannt Billionen. Das entspricht also theoretisch einem Gegenwert von 10 hoch 12 US-Dollar. Oder 18 Millionen Luxusvillen in guter Lage. Oder 180 Millionen Eigentumswohnungen.

»Dieser Crash ist gewollt«, analysierte der Börsenexperte Dirk Müller bereits im April 2020 das Corona-Regime. Eine Betrachtung von Sozialem, Krieg und Wirtschaft ohne eingehende Analyse der Vermachtung der Finanz- und Wirtschaftsstruktur ist nicht sinnvoll möglich. Die Vorstellung von einem freien Markt ist seit langer Zeit pure Ideologie. Das Verhältnis von großem Geld und Macht einerseits sowie Arbeit und Werten andererseits ist völlig aus dem Lot geraten. Zulasten von Arbeit und Werten, also sozialer Produktion wie gleichzeitig auch der Freiheit. Ein neofeudalistischer und in seinen Auswirkungen neofaschistischer und massenmörderischer »Tiefer Staat« drängt zur Macht.

Schon ab dem Jahr 2007 »brach der Finanzhandel« zusammen, 2009 schlug die vermeintliche »Krise« durch. Verantwortlich gemacht wurden gigantische Bündel US-amerikanischer Immobilienkredite, die von den Schuldnern nicht mehr »bedient« werden konnten. Dies wurde »faule Kredite« genannt. Reihenweise wurden Menschen in den USA aus ihren Behausungen geschmissen. Am Ende waren die Allerreichsten der Reichen viel reicher, die Reichen etwas reicher, die Armen ärmer – gemessen in Geld und Verfügungsmacht.

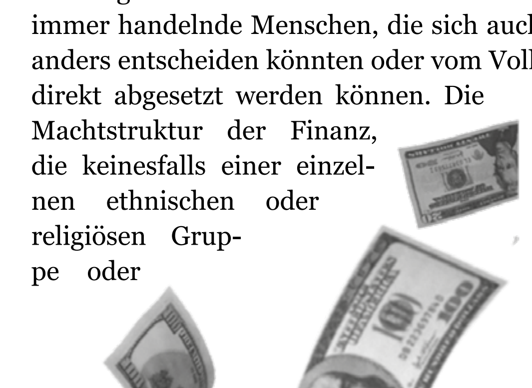
Hinter dem Konflikt um Schuld, Mietzins, Kredit, Eigentum und Währung steht der alte Konflikt um die Produktionsweise und deren jeweiliger Ausgestaltung. Das Rechts-Links-schema ist bei *ARD* und *ZDF* zur *Talkshow*-Simulation verkommen. In letzter Konsequenz geht es um Territorium, also um Land und Ressourcen, und die Verfügungs- und Verwertungsgewalt über uns Menschen und unsere Produktivkraft. Die Kenntnis ökonomischer Kategorien ist dabei in der Bevölkerung weltweit erschreckend gering ausgeprägt, auch in Deutschland.

CORONA-LÜGE UND BEINAHE-DRITTER-WELTKRIEG

So können die Corona-Lüge und der – bislang nur: Beinahe-Dritter-Weltkrieg in der Ukraine ohne systematisch überprüfte Begriffe und ohne Geschichtsverständnis nicht verstanden werden. Diese einschneidenden Komplexe, die Auswirkungen auf die gesamte Wirklichkeit haben, erscheinen dann nur als Katastrophen oder Schicksalsschläge, als göttlicher Wille oder als aus dem Nichts auftretende teuflische Boshaftigkeit einzelner Protagonisten. Bei uns, im sogenannten Westen, wird mit zwei gezielten Täuschungen gegen das eigene Volk operiert, schlicht: gelogen.

Es steht zu Buche die größte Lüge der Menschheitsgeschichte, Covid oder Corona sei eine tödliche Seuche (siehe Dr. Mike Yeadon auf Seite 3 der 108. Ausgabe der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*) – mit allen Folgen. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel verglich bereits 2020 das verfassungs- und menschenrechtswidrige Corona Programm mit dem »*Crash*« ab 2007, als sie sagte, damals »wussten wir, dass wir die Banken mit Geld versorgen müssen«. Ihr Covid-Behördenleiter Lothar Wieler sprang ihr bei, in dem er verkündete: »Diese Regeln dürfen niemals hinterfragt werden!«

Die Corona (zu Deutsch: Krone) ist ein systematisches Verschleierungsprogramm und Unterdrückungsprogramm zur Überlagerung des Zusammensturzes dessen, was wir als Finanzmärkte bezeichnen, vergleiche Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*, Ausgaben 1 bis 107 und einen Teil meiner Artikel auf *apolut.net* seit April 2020. Ohne jede moralische Bewertung: »Die Finanz« ist zunächst begreifbar als Lenkungsinstrument der Wirtschaftsproduktion und damit der sozialen Kontrolle.



Unter der »Corona« wird der Versuch unternommen, alles »unter einen Hut« zu bringen, zuletzt den Körper des Menschen selbst, wie etwa DW-Co-Herausgeber Professor Giorgio Agamben in seinen weltberühmten Arbeiten zu Ausnahmezustand und Biopolitik kritisch analysiert (»An welchem Punkt stehen wir«, Turia + Kant. Wien 2020). Es ist in letzter Konsequenz ein wahnhafter Versuch der Herrschenden, Physis, Geist und Fortpflanzung des Menschen als solchem nach dem Willen der Transhumanisten zu transformieren – was diese sogar offen zugeben.

Nie zuvor trat, bildlich, das ZK der Großkapitalisten unserer Ökonomie derart unerbittlich in das Leben jedes einzelnen Menschen und wurde als globaler totalitärer Beherrschungsversuch einiger gestaltender Konzernoligarchen, Regierungs- und Apparatsmitglieder sichtbar. Denn es sind noch immer handelnde Menschen, die sich auch anders entscheiden könnten oder vom Volk direkt abgesetzt werden können. Die Machtstruktur der Finanz, die keinesfalls einer einzelnen ethnischen oder religiösen Gruppe oder ähnlichem zuzuordnen ist, war in sich nicht mehr umkämpft und wurde nicht mehr aufgefrischt, wie es die Praxis eines freien Marktes gebieten würde.

BRETTON-WOODS UND DER ALTE JOHN

Spätestens seit dem Ende des Bretton-Woods-Währungssystems im Jahr 1973 zugunsten einer hyper-keynesianischen Währungsproduktion ist die Bindung der Finanz an die Realwirtschaft mit allen Folgen aufgegeben worden (John Maynard Keynes, britischer Ökonom, Theorie und Praxis des Keynesianismus). Das ermöglichte die sozialdemokratische Abfederung von Krisen zum Preis einer zunehmenden Verschmelzung von Parteienapparat, Militärisch-Industriellem-Komplex und gigantischen Kapitalsammelstellen. Grob gesagt: Drucken und Absaugen von Geld und Lenken des Geldes und damit unserer Produktivkraft an Orte und an Menschen, die die Finanz, Regierungsmitglieder, große Banken und Staatsapparat für richtig halten – bei gleichzeitigem in sich logisch notwendigem Aufstauen gigantischer unproduktiver »Blasen«. Sogenannte Marktbereinigungen fanden nicht statt, eine Art versteckte Nomenklatura entstand.

Wenn nun Goldflüsterer wie der Bundesgesundheitsminister wie der frühere Bankkaufmann Jens Spahn (CDU) – verantwortlich für und Profiteur der FPP-2-Masken –, und der heutige Bundesgesundheitsminister, führender *Talkshow*-Narzisst und Rotkehlchen Karl Lauterbach (SPD), wie wahnhaft das Corona-Regime propagieren, dann propagieren sie eine Agenda zur Umgestaltung der wirtschaftlichen, sozialen, geopolitischen, psychologischen und politischen Wirklichkeit in unserer Welt und in unser aller Leben wie dem Leben unserer Kinder. Die Auswirkungen dieses zutiefst undemokratischen und verschwörerischen Programms sind derart pervers und in historischen Maßstäben verbrecherisch, dass kein noch so hehres Ziel es jemals rechtfertigen könnte, ganz gleich, welche ethischen Maßstäbe der Mensch daran anlegt; ob nun religiöse oder moderne oder postmoderne Maßstäbe.

Fortsetzung Seite 10



»DIE DW-SUPER-ILLU«
Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU, links) und Lauterbach (SPD, rechts) vor einer Berlin-Dahlemer Villa. Spahn hatte Mitte 2020 vom umstrittenen US-Botschafter Grenell ein Anwesen zum absoluten Sonderpreis vermacht bekommen. Auch Lauterbach ist seit zwei Jahrzehnten in umstrittene Pharmakreise eingebunden.

Montage: DW/Ute Feuerstacke und Anselm Lenz

ENGLAND BEENDET »BAIL-OUTS«



Dresden, 9. Oktober 2022. Foto: DW/Steve Schramm.

Der frühere Leiter der Bank von England, Mark Joseph Carney, hat am Dienstag in Washington vor Bänkern bekanntgegeben, dass das »Raushauen« (to bail out) der englischen Pensionsfonds zum gestrigen Freitag, 14. Oktober, beendet werde. Die »Marktvolatilität« (Schwankungsgeschwindigkeit) sei jenseits eines »Bankenstresstests«. Mark Carney wurde zwar 2020 durch Andrew Bailey an der Spitze ersetzt, gilt aber weiterhin als faktisch sehr einflussreich. Carney war vor seiner Chef-Aufgabe ab 2013 für das Britische Pfund zuvor Währungschef für Kanada gewesen.

»Meine Nachricht an die betroffenen Kapitalsammelstellen (funds) ist, Ihr habt noch drei Tage!« Weiter führte Carney aus: »Ihr müsst das selber hinkriegen. Das Wesen finanzieller Stabilität ist, dass Markteingriffe nur zeitweise geschehen. Das wird nicht verlängert.« Daraufhin brachen mehrere weltbedeutende Marktwerte in jahresübergreifenden Maßenstäben ein, darunter der New Yorker Nasdaq, S&P, die US-Vermögenswerte. Gold brach extrem ein, auch Bitcoin verlor. Schweizer Franken gewannen leicht.

»Das musste geschehen, weil es immer so auf diese Art gewesen ist«, kommentierte der Finanzexperte Michael Blurry lat dem kritischen Finanzmagazin Zero Hedge. »Wie irgendjemand über 40 es nicht hätte sehen kommen können, ist mir ein Rätsel. Die Antwort ist Gier.« DW weist seit Ausgabe #DW1 daraufhin, dass das Corona-Regime nur das Platzen der größen »Finanzblase« und den Bankrott der USA überlagert, die ihre Auslandsschulden nicht mehr bedienen können und wirtschaftlich keine konkurrenzfähige Produkte im Land herstellen .

Was bleibt, ist die extreme militärische Überlegenheit der USA zumindest in der westlichen Welt, die nun praktisch zum zweiten Mal erobert werden muss, um sie (teilweise) auszubeuten und ihr eine neue Zentralwährung aufzuzwingen, die die infrage gestellte Dollar-Dominanz ersetzen muss. Extrem teures und schmutziges Fracking-Gas soll in die US-besetzten Länder verkauft werden, insbesondere in die mit US-Militärbasen übersäte BRD. Zuletzt sprengten US-Einheiten in einem Kriegsakt gegen zivile Infrastruktur die Versorgungsleitungen in der Ostsee (#DW106 und #DW107).

Was bedeutet das Ende des Hyper-Keynesianismus (»Gelddrucken«)? Die Politkaste, die große Banken inflationär mit absurden Geldmengen eindeckte (Sie erinnern sich? »Too big to fail, zu groß, um zu scheitern«) soll beendet werden, weil die Zinsen 2019 unter Null fielen, der erlogene Ausnahmezustand »Corona« folgte. Zuletzt sagte der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden im Zuge der Automesse in Detroit die Lügen-Plandemie ab (#DW106, Seite 3).

INFLATION SCHLÄGT VOLL DURCH?

Es ist schwierig in einer kulturell, wissenschaftlich, künstlerisch und politisch-verfassungsrechtlich orientierten Wochenzeitung wie der vorliegenden Ratschläge zu erteilen. Gegenwärtig ergibt es wohl Sinn, sich, wenn möglich, Vorräte an Bargeld in Euro und eventuell der Währung eines Nachbarlandes anzulegen (Zloty, Franken, Kronen) und notwendige Alltagsgegenständen für einige Wochen vorzuhalten, wie es für unsere Groß- und Urgroßeltern ohnehin üblich war, wenn sie es konnten. (Anselm Lenz mit Material von Sophia-Maria Antonulas)

Siehe auch die Grafik unten mittig auf dieser Seite.

FORTSETZUNG VON SEITE 9 | Keynes und Goldmund | Von Anselm Lenz



Professor Klaus-Jürgen Bruder bei »Apolut im Gespräch« aktuell im Netz auf *apolut.net*. Von Bruder liegt aktuell das Werk »Corona – Inszenierung einer Krise« im Verlag der Gründer der Demokratiebewegung, Sodenkamp & Lenz Berlin, vor. Foto: *apolut.net*

TRANSHUMANISTEN UND WIRTSCHAFT

Dem jahrzehntelang propagierten systematischen Umwelt-, Natur- und Tierschutz dient die global angelegte Agenda jedenfalls nicht. Weder der Begriff des »Schutzes«, der für mafiöse Transhumanisten dazu instrumentalisiert wird, vom menschenzentrierten, sozialen und freiheitlichen Menschenbild des Menschenrechts, der Schriftreligionen und der Verfassungsdemokratien zu einer technokratisch-imperial-ganzheitlich-biopolitischen Sichtweise des ganzen Planeten Erde überzugehen, in der der einzelne Mensch mit seiner Seele nur noch ein Stück Biomasse sein soll – und über dessen Geburt, Leben und Tod total verfügt werden dürfe. Das muss mit den wahnhaftesten Ideen einiger der schlimmsten Nazis verglichen werden – und womöglich kommt man zum Schluss, dass die Transhumanisten deren bestialische Frevel, die es nunmal gab, heute noch ein Stück weiter treiben möchten?

Ohne den Willen, »die Finanz«, den »Tiefen Staat« und die gezielte Verflechtung und Verbündelung von entscheidenden Regierungsmitgliedern, Kapitaloligarchen, Lobbies und zur Ausführung des Willens von Weltherrschaftswilligen geschaffenen oder instrumentalisierten Entitäten zu untersuchen, zu erkennen, systematisch zu erfassen und Alternativen wie den 5-Punkte-Plan anzubieten und umzusetzen (siehe NichtOhneUns.de und Seite 7 dieser Ausgabe), wird es uns Menschen nicht gelingen, eine Struktur abzulösen, die offen begonnen hat, uns zu versklaven und zu ermorden. Sollte hinter dem Corona-Regime jemals eine oder mehrere gute, menschliche Absichten gestanden haben, so sind diese völlig aus dem Ruder gelaufen. »Wir wollten nur das Beste, aber es kam wie immer«, ist eines der berühmten Zitate von zu Ende gehenden Systemen. Dieses ist von Viktor Tschernomyrdin.

Wie der Herausgeber des Werkes »Corona – Inszenierung einer Krise« mit seinen Mitherausgebern und Autoren (w/m) darlegt, ist die selbsternannte Krone der Schöpfung nicht nur eine Regime der »Krise« oder gar der fürsorglichen Krisenbewältigung, sondern ein »Krieg gegen die Bevölkerung«. Und ein Anfang muss sein, das Verschuldungssystem unter dem Prinzip der Währung auszuleuchten und was hinter Begriffen Billionen und Trilliarden steht. Wenn wir das nicht tun, zum Beispiel unter Zuhilfenahme des zuletzt viel zu früh verstorbenen weltbekannten Philosophen Professor David Graeber, wird der notwendige Schuldenschnitt etwa der USA zulasten der 99 Prozent der Menschen ausgehen – und zugunsten einer totalitären Verfügung über unser Land und unser Zuhause.

Der vorliegende Wirtschaftstext ist als Podcast mit Links auf *apolut.net* zu hören

(EOP, $ million)

EOP in US-Dollar (Beendigung der Serienproduktion). Die US-Zentralbank Fed bezahlt großen Banken täglich 500 Millionen Dollar. »Es wird bald die Zeit der Mistgabeln vor dem Fed-Gebäude kommen«, kommentieren US-Experten. Zunächst aber opfern die US-Oligarchen die unterworfenen »Satelliten«, darunter England, die EU, Teile der Ukraine – und die BRD. Grafik: Zerohedge (ale)

UNSER MANN IN KIEW

KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS: GESPRÄCH MIT WOLFGANG GREULICH, KIEW



»Unterwegs für den Frieden und DW«, schreibt Wolfgang Greulich, als er uns am Donnerstag dieses Bild sendet.

DW: Sie sind nach Kiew gereist. Weshalb?

Wolfgang Greulich: Ich habe Menschen kennengelernt und zwar in Prag auf der Demo. Sie haben mich eingeladen und ich habe die Gelegenheit ergriffen, dieser Einladung zu folgen. Geplant waren zwei bis drei Tage. Nun bin ich schon fast zwei Wochen hier. Für mich ist es ganz besonders, die Menschen hier zu erleben. Sie sind alles, nur nicht das, was in den Medien kommt. Eines verstehe ich immer mehr: Wie wichtig es ist, selber zu denken, und sich selber ein eigenes Bild zu machen. Ich sprach Menschen, die den ukrainischen Euromaidan live erlebt und mitgemacht haben, Menschen, die den Präsidentenpalast von Janukowitsch nach dessen Flucht bewacht haben, Menschen, die 2014 aus Donjetsk vor den Russen geflohen sind, Menschen die seit Jahrzehnten die Konflikte mit den Russen, schon zu Sowjetzeiten hier erlebt haben, berichten anders als unsere Medien, und auch anders als alle Telegrammkanäle. Solche Gespräche schaffen Freundschaft und öffnen die Herzen auf allen Seiten für ein friedvolles Leben. Niemand möchte wirklich Krieg. Würde man die Mainstreammedien in der momentanen Form gewaltfrei eliminieren, gäbe es wohl auch keinen mehr.

DW: Ändert sich Ihr Blick auf den Krieg durch Ihre Reise in die Ukraine – und inwiefern?

W.G.: Ich war immer ein Mensch mit Anspruch an Frieden und auch Harmonie. Krieg ist immer das falsche Mittel, Waffen immer der falsche Weg. Wer Waffen in die Hand nimmt, steht auf der falschen Seite im Leben. Die letzten zehn Tage haben mich bestärkt, noch klarer und deutlicher die Dinge beim Namen zu nennen. In Gesprächen und auf der Straße, da wo wir wahrgenommen werden. Es ist wichtig, mehr und mehr die Gesamtzusammenhänge zu verstehen, denn letztendlich tobt der Dritte Weltkrieg international auf allen Ebenen, eine neue Form des Krieges. Ich denke, wir müssen Gut und Böse neu überdenken, das lässt sich nicht an einem Politiker definieren. Wir haben die Aufgabe lichtvollen Frieden in uns selbst zu schaffen, und dieses Licht gemeinsam in diese Welt zu tragen. Das wird die Welt verändern.

DW: Die Verlautbarungen der Regierung und der Medien in der BRD hören sich fürchterlich an. General Breuer aktuell über die BRD: »Das ist der Zustand zwischen nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht richtig Krieg«.

W.G.: Der dritte Weltkrieg ist für mich in vollem Gange. Hier in Kiev leben die Menschen in einer digitalen Welt. Die digitale Null, wenn Luftalarm ist, wie mehrfach täglich wieder seit Montag. Die digitale eins, wenn die AlarmApp wieder grün zeigt. Innerhalb von wenigen Minuten ist dann wieder das normale Leben im Gang. Die Menschen gehen in die Stadt, besuchen kulturelle Veranstaltungen, gehen in ihre wunderschönen Kirchen, gehen in die Restaurants. Sie haben seit Februar gelernt, damit umzugehen. Schlimm war nur der Montag früh, es war die zu erwartende Reaktion auf den Anschlag auf die Krim-Brücke und die Reaktion auf sinnlose Freudenbilder vor einer sinnlos brennenden Brücke, zigfach in den sozialen Medien gepostet. Ich bin mir nicht sicher, ob Kiew der gefährlichste Ort ist, oder demnächst vielleicht ein ganz anderer Teil dieser Welt. Ich hoffe immer, dass die verantwortlichen Menschen doch irgendwie zur Vernunft kommen, sich endlich an einen Tisch setzen, um im Dialog diplomatische Lösungen anzustreben. Das Leben ist doch immer auch Kompromiss. Und es gibt keinen anderen Weg zum Frieden. Wer nach Waffen schreit, der gehe selber an die Front. Da findet man die größten Heuchler, auch unsere Politiker, sicher nicht.

Die Fragen stellte Anselm Lenz

NATO SPRENGTE KRIMBRÜCKE?



DW/Kertsch/Taman, 8. Oktober 2022. »Die Spur führt nach Russland«, meldet die Propagandaplattform Tagesschau.de am Morgen des 8. Oktober. der Anlass: Ein Sabotageakt gegen die Krimbrücke, die russisches festland mit der Halbinsel Krim verbindet.

Nach der Meldung wird von unabhängiger Expertenseite sogleich davon ausgegangen, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der US-UK-geführte Nato-Komplex (»Kiew«) für den Anschlag auf die zivile Infrastruktur verantwortlich ist.

Die russische Terrorabwehrbehörde hatte am selben Morgen gemeldet, dass ein Sabotageakt an der Brücke stattgefunden hat. Ein Güterzug explodierte und zerstörte einen Punkt auf der Eisenbahnbrücke. Auf selber Höhe explodierte ein Lastwagen zur gleichen Zeit. Die Reparaturen begannen noch am selben Nachmittag. Ein stark eingeschränkter Betrieb konnte wiederhergestellt werden. Krimrussen versuchten laut Meldungen in großer Zahl die Halbinsel mit Fähren zu verlassen.

Die mit Rampen rund 40 Kilometer lange Brücke verbindet den Ort Kertsch auf der Halbinsel Krim mit dem Ort Taman auf russischem Festland. Sie bestand aus zwei parallelen Stahlbogenbrücken. Das Mammutprojekt war 2018 nach nur drei Jahren Bauzeit für den Autoverkehr freigegeben worden, 2019 für Eisenbahnen. Am Mittwoch war in russischen Medien ein Schwimmbagger zu sehen, der die Brücken wiederherstellte. (ale)

NATO SABOTIERT AUCH DRUSCHBA-VERSORGUNGSLEITUNG?



DW/Warschau, 12. Oktober 2022. Am Mittwoch wurde bekannt: In einem Abschnitt der Versorgungsleitung für Erdöl aus Russland, 70 Kilometer von der polnischen Stadt Płock entfernt, wurde »ein Leck entdeckt«. Das Unternehmen Pern, das für diesen Abschnitt zuständig ist, teilte mit, dass die Erdölversorgung durch die Leitung sofort eingestellt wurde. Es sei ein »Unfall«. Der russische Präsident Wladmir Putin erklärte zur Versorgung mit Rohstoffen: »Wir haben noch nie jemanden die Versorgung abgeschnitten, erlaubt ihnen ganz einfach, den Hahn wieder aufdrehen.«

Die Erdölleitung Freundschaft oder Druschba-Pipeline verband die russischen Ölfelder mit Raffinerien in Ost- und Mitteleuropa. Sie hat eine Transportkapazität von 2,5 Millionen Barrel pro Tag. Die Pipeline wurde von 1959 bis 1964 von den sozialistischen RGW-Staaten errichtet. Sie beginnt in Almetjewsk in Tatarstan und gabelt sich in Weißrussland in einen Nordstrang, der über Polen bis nach Deutschland reicht.

Im Wesentlichen wurde also die BRD in Polen vom russischen Öl abgeschnitten. Zuletzt hatte der Nato-Vorposten der polnischen Regierung Reparationsforderungen in Höhe von 1.300 Milliarden Euro wegen des Zweiten Weltkrieges an die BRD gestellt.

Polen waren weite Teile des früheren deutschen Staatsgebietes zugeschlagen worden, worauf sogar Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hingewiesen hatte (ale)

MELDUNG



TRUMP: »SOFORTIGE FRIEDENSVERHANDLUNGEN!«

DW/Nevada, 9. Oktober 2022. US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump erklärte bei einer Wahlkampfkundgebung vor den US-Kongresswahlen in der Stadt Nevada: »Wir müssen sofort verhandeln, sonst beginnt der Dritte Weltkrieg!« (ale, Foto: Newsmax)

BOTSCHAFTER HOFFT AUF »FRIEDEN VON BALI«

Abu Dhabi/DW. Laut Twitter-Botschaft vom 7. Oktober durch den indonesischen Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Husin Bagin, wollen Moskau und Kiew (das heißt de facto: Washington und London) im Zuge des geplanten G20-Gipfels auf der indonesischen Insel Bali im November Friedensverhandlungen durchführen.

Demnach sollen die Führer der Stellvertreterkriegsparteien Wladimir Selenski und Wladimir Putin dafür nach Bali reisen. – Ob der Botschafter nur Hoffnung säen will oder diese besteht, lässt sich derzeit nicht abschätzen. (ale)

HELLAS STEHT AUF

DW/Athen, 8. Oktober 2022. Auch in der griechischen Hauptstadt forderte eine Großdemonstration den Austritt des eigenen Landes aus dem Kriegsbündnis Nato (»Griechenland zuerst!«).

Des Weiteren wurde die Beendigung des Corona-Terrorregimes und die Beendigung der Verteuerung der Energie- und Lebenshaltungskosten in Folge des EU-Regimes und der Nato-Sanktionen gegen Russland gefordert. Die Regierung reagierte mit gezielten Ausschreitungen gegen das eigene Volk. (ale, Foto: Kal Yanassa)

»Sharav von deutscher Presse diffamiert«

Dr. Walter Weber im Interview nach dem international aufsehenerregenden Festakt zur Feier und Bekräftigung von 75 Jahren Nürnberger Kodex. | DW berichtete ausführlich in #DW102.

Demokratischer Widerstand: Herr Dr. Weber, der Festakt zu 75 Jahren Nürnberger Kodex hallt international positiv nach. Die Rednerin und Holocaust-Überlebende Vera Sharav sagte, »nie wieder ist jetzt«. Können Sie uns schildern, wie es Vera Sharav heute geht?
W.W.: Vera Sharav, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Deutschland bereiste, hat in Nürnberg davor gewarnt, dass gerade JETZT darauf geachtet werden muss, dass der Nürnberger Kodex eingehalten wird. Zwei wichtige Punkte sind der *informed consent* (volle Information über den medizinischen Eingriff mit ausdrücklicher Zustimmung oder Ablehnung des Patienten, red.) und die Einhaltung der Menschlichkeit.

Jeder Arzt und auch die Regierung sollten sich fragen, ob sie wirklich informiert haben, einen Zettel zu unterschreiben reicht nicht, und ob sie die Zustimmung der Patienten eingeholt haben. Im ersten Paragraphen steht, dass die Zustimmung »unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges« erfolgen muss. Was bedeutet es dann, wenn jemand seinen Job oder seine wirtschaftliche Existent verliert, wenn er nicht der Impfung zustimmt, wie dies unseren Pflegeberufen zugemutet wurde – und wird!


STEH AUF! Diese Wochenzeitung gibts im ABO! SEITE 15
DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
»Nie wieder ist jetzt«
demokratischerwiderstand.de

Vera Sharav hat auf diese Missstände hingewiesen! Dafür wurde sie in der deutschen Presse diffamiert als »Rumänin«, die angibt, eine Holocaust-Überlebende zu sein. Sie ist inzwischen wohlbehalten nach New York zurückgekehrt. Sie wird keine Strafanzeige erstatten.

DW: Der Nürnberger Kodex verbietet eindeutig uneingewilligte Medizinexperimente. Als Arzt und Gründer der Ärzte für Aufklärung e.V.: Was ist die Absicht hinter den Injektionen?
W.W.: Über die Absicht hinter den Injektionen können wir nur spekulieren. Zum einen läuft die aktuelle Impf-Agenda seit 2,5 Jahren exakt nach dem Plan des PR-Direktors der CDC, Glen Novak, aus dem Jahre 2005 ab, als sieben Schritte Rezept, um Impfungen besser zu verkaufen. Wir haben also eine gigantische PR-Aktion der pharmazeutischen Industrie, um Geld zu verdienen. Das hat geklappt, denn im Jahr 2021 wurden angeblich etwa 500 Milliarden weltweit durch diese Aktion an Gewinnen gemacht.

Als Folgen stellen wir fest: Geburtenrückgang um 14 Prozent, erhebliche Übersterblichkeit, insbesondere bei den angeblich vulnerablen und somit zu schützenden Altersgruppen, massiver volkswirtschaflicher Schaden, Veränderung unseres Erbgutes. Ob das alles so geplant war und ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

DW: Die politische, ökonomische und soziale Situation in der BRD wird immer drastischer. Was raten Sie kritischen Geistern für den vor uns liegenden Winter?
W.W.: Gute Vorsorge betreffend Wärme, Essen und Trinken, wie dies bereits von einigen offiziellen Ämtern, zum Beispiel der Stadt Rosenheim, propagiert wird.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Der Na

oder: Die Sphinx von Düren | Ein PSYCHOG

Er, Karl Lauterbach, muss gespürt haben, das da etwas aus dem Lot zu geraten droht. Der Krieg in der Ukraine überlagert denn auch seit Monaten sein ureigenstes Thema, ja seine Berufung. Die Pandemie ist spürbar aus den öffentlichen Schlagzeilen geraten; die wichtigste Währung, nämlich die Aufmerksamkeit, gilt anderen Ereignissen.

Die gelegentlichen Warnungen des hageren Mannes, der in der Hitze des Sommers noch mehr als sonst einem Asketen gleicht, werden allenfalls müde zur Kenntnis genommen – wenn sie nicht als Überzeichnungen und Routineverlautbarungen abgetan werden. Selbst von der Bildzeitung werden seine Kassandrarufe höhnisch und gereizt als Schrullen eines Besessenen betrachtet. Was will der Kerl denn nun schon wieder!

Da galt es für den Gesundheitsminister Lauterbach, sich etwas zurückzunehmen, wo Tote, Panzerhaubitzen und eine andere Gefühlsgrammatik das Seelenleben der Nation regieren und die Norm vorgeben für eine immerwährende Krisensituation. Der Überminister Lauterbach musste einstecken: Das Gespenst der Inzidenz schaffte es in den zurückliegenden Monaten nicht, gegen die Bilder aus dem Donezkbecken: Weite Flächen dort mit Rost ansetzendem Kriegsgerät, ausgebrannten Häusern, und gelegentlich auch Leichen am Straßenrand.

Das sind Kriegsbilder, also kollektiv gespeichertes Gedächtnis. Aber das allein hätte nicht ausgereicht, um Karl Lauterbach in Zugzwang zu bringen. Selbst dann nicht, als er diese skurrile Bemerkung nachschob: Er glaube, dass die nun wieder ansteigenden Corona-Zahlen auch mit dem Krieg in der Ukraine zu tun hätten, denn dadurch lasse die Konzentration auf Corona nach. Also seid wachsam zu jeder Stunde. Ja, so brütet Lauterbach kausale Zusammenhänge aus, wenn sie im Dienst einer übergeordneten Sache stehen müssen.

Aber es gab da ja auch noch mehr zu befürchten für einen, der alles gern unter dem Dach Corona versammelt. Mehr noch als die Bilder aus der Ukraine, hatte er mit den Folgen der Sanktionspolitik nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine zu kämpfen. Der abrupt unterbrochene Fluss der Energie riss – seien wir ehrlich – noch größere Löcher in die Gemütslage der Nation. Ein Winter womöglich in Kälte zu verbringen mit schmalem Portemonnaie, weil die Gaslieferungen ausbleiben: Das lässt deutsche Seelen noch mehr zusammenzucken als Leichen am Straßenrand.

Aber hier erhebt sich auch eine Chance für Karl L., der Sphinx aus Düren. Der Herbst naht bekanntlich und bietet in seinen Wetterkapriolen eine Chance für eine Auffrischung des Corona-Szenarios. Der Finger darf wieder warnend erhoben werden, die Inzidenz steigt. Die Maskenpflicht in Innenräumen sollte also bald wieder anberaumt werden, und natürlich steht die vierte Impfung oder ein zweites *Boostern* an – oder was auch immer am Hin und Her, Auf und Ab der Maßnahmen und Regelungen. Wer kennt sich da noch aus?

Ich fürchte, Karl Lauterbach glaubt genau dies von sich selbst. Er kennt sich aus, der Meister des Corona-Wissens. Immerhin in einem kann sich der prophetische Mahner fast sicher sein. Im Rahmen einer Geschichte der Gefühle hat das nun zweieinhalb Jahre währende Corona-Szenario tiefe Kerben hinterlassen. Sehr tiefe. Und es steht zu befürchten, dass die Langzeitfolgen sich erst noch zeigen werden in Form von Bruchstellen in unserer Identität – dem Bewusstsein von uns selbst, unserem Körper und von der Welt. Es stehen uns Deformationen ins Haus, die sich als schwerwiegender herausstellen werden als die Folge konventioneller Kriege. Haltungen, Gefühle und eine schwer auszulotende Moral gehen inzwischen in das ein, was man früher mal »German Angst« genannt hat – eine Krankheit, die sich durch Corona deutlich verschlimmert hat und uns zu Dauerpatienten macht. Um es noch einmal zusammenzufassen: Auf einer Skala, in der Turnarounds in der Mentalitätsgeschichte angezeigt werden, spielt das Coronaszenario eine größere Rolle als diese so unbestimmbare und doch nachhaltig wirkende Angst.

BILDER UND SZENEN ZU KARL LAUTERBACH

2019 bewirbt sich unter vielen anderen Kandidaten auch das Duo Karl Lauterbach und Nina Scheer in einer Vorauswahl für den Parteivorsitz der SPD. In einem Video stellen sich die beiden einem breiteren Publikum vor. Sie sprechen dabei abwechselnd von sich und ihren politischen Zielen. Von heute an mutet seltsam an, wie breit und letztlich nichtssagend der als soft links eingestufte Politiker Lauterbach sein Programm damals auffächert: Es geht ihm um soziale Gerechtigkeit, um Bildung, natürlich um Umweltschutz. Die Gesundheitspolitik wird von ihm dabei nur kurz gestreift.

Auf Regionalkonferenzen zur Kandidatenauslese kann der hagere Mann mit Fliege und drögem, monoton grundiertem rheinischen Akzent nicht wirklich punkten. Als Politiker zu wenig den Erfordernissen der Symbolpolitik gewachsen, wirkt er im ganzen Habitus beinahe hilflos, staksig; als populistischer Menschenfänger kann er nun schon gar nicht auftreten. Und geradezu kindisch kommt es herüber, wie er seine Mitbewerberin Nina Scheer von der Seite anschaut, wenn diese spricht – so als sei er dazu verdonnert worden, ihr mit Hundeblick beizustehen. Ist er gar im falschen Film?

Wie willst du mit so einem Politik machen, dachten sich wohl auch die Mitglieder und Delegierten, die ihn bei dieser Vorauswahl auf die hinteren Ränge verwiesen. Wie ein verblüffter Pennäler, der einstecken muss, nimmt Lauterbach seine Nichtwahl entgegen. Die Scheinwerfer schienen nie auf ihn gerichtet Es war überhaupt alles andere als eine Sternstunde der Demokratie, dieses SPD-Ausleseprojekt. Zehn Bewerber zeigen sich schließlich auf der Bühne – eine Laienspielschar, aus der dann aber, so wollte es der Zeitgeist, innerhalb kürzester Zeit eine Regierung wachsen sollte, die sich als besessene Exekutive erwies. Dazu bedurfte es wohl eines plötzlichen Einbruchs in das Gefüge der Realität – und gewisser Phänotypen der Stunde, die ein entstandenes



Karl Lauterbach, geboren am 21. Februar 1963 in Düren-Birkesdorf, hier im April 2019 in der TV-Diskursverelendung Maischberger. Foto: CC/Superbass

Vakuum ausfüllen konnten.

Der Kandidat Lauterbach damals also noch ohne Chance – aber mit einer Vorgeschichte. Um diese geht es, als Karl Lauterbach nach seinen ersten großen Erfolgen in einer *Talkshow* auf *Servus-TV* zum Thema des Abends gemacht wird. Inzwischen ist er wer. Noch kein Gesundheitsminister, aber der gewichtigste Sprecher der SPD in Sachen Corona. In dieser *Talkshow* kommt seine frühere Ehefrau zu Wort, eine Epidemiologin, mit der er gemeinsam in Harvard studiert hat. Der Moderator fragt sie nach dem Studium an diesem geheiligten Ort des Wissens damals und wie sie den Epidemiologen Karl Lauterbach kennengelernt habe.

Darauf entgegnet sie, dass er eigentlich kein Epidemiologe sei, sondern sein Studium in *Public Health* absolviert habe, in der Disziplin Gesundheitsmanagement. Der Moderator überhört quasi diesen wichtigen Einschub – aus welchen Gründen auch immer – und es behagt dem Gesprächsleiter auch nicht, in welcher ruhigen Art sie dies tut. Man ist einer Regie verpflichtet, die duldet keine Überraschungen. So fällt er ihr

arzisst

GRAMM des Karl Lauterbach von Werner Köhne



fortlaufend ins Wort. Wir erleben hier ein Beispiel für einen damals systemisch betriebenen Ausverkauf der Diskurskultur – hundertfach praktiziert in diesen unsäglichen *Talkshows*.

Schließlich kommt sie trotz Dazwischengequatsche dazu, für zwei Minuten ihre Forschungsergebnisse und Einschätzungen zu Covid-19 dem Publikum vorzustellen. Mit großem Bedacht. Selten habe ich bis dahin so eine kluge Situationsbeschreibung vernommen. Die Frau, die mit Lauterbach vier Kinder hat und die sich schon 2004 von ihm hat scheiden lassen, versteht etwas vom Fach, hat Epidemiologie studiert und ist auch in der Lage, Kontexte sozialer, psychologischer und körperlich-physischer Art in ihre profunde Analyse einfließen zu lassen. Lauterbach sei ein echter Narzisst. Und man kann sich fragen: Warum ist diese sympathische Frau nicht später und andernorts noch öfter zu Wort gekommen?

Es sollte nicht sein, und es durfte wohl auch nicht sein. Festzuhalten bleibt, dass allein diese Episode zeigt, wie das Corona-Szenario funktioniert und warum der schüttere Karl Lauterbach gerade vor diesem Horizont von Irrungen und Verwirrungen auf der Karriereleiter aufsteigen konnte. Er wird ja als Gesundheitsmanager reüssieren – fachlich also nicht als Virologe oder Epidemiologe. Aber das tut in jenen Tagen nichts zur Sache.

Kompetenzgehabe und Fakten erfahren in dieser Zeit eine merkwürdige Verschränkung, die letztlich im Glauben endet, aber von einem kleinen Kreis von Machern mit sicherem Machtinstinkt inszeniert werden. Zu diesem kleinen Kreis gehörten damals ein Herr Wieler, ein Herr Drosten, ein Herr Spahn und natürlich eine Kanzlerin. Sie füllten eine Agenda mit Leben – der eine grob (Wieler), der andere verrätselt genialisch (Drosten), ein weiterer als blanker Manager von »egal was« (Spahn), und die »Unvermeidliche« im Gestus der Bedachtsamkeit (Merkel). Sie alle sind inzwischen von der Bühne abgetreten. Wer blieb, war: Karl Lauterbach.

Wer das Corona-Szenario verstehen will, muss die Grundform in all dem erkennen – sozusagen die Matrix: Es geht um die kultische Überhöhung einer Krise zu einem Daseinsentwurf, in dem, von oben verfügt, alles möglich wird.

DAS DRÖGE UND DAS KASSANDRAARTIGE

»Wir wollen Karl.« So tönte es vor der Bundestagswahl nicht nur von Anhängern aus seinem Wahlbezirk. Karl Lauterbach als Nachfolger des von der Bank zum Gesundheitsmanager konvertierten Spahn schien der Phänotyp der Stunde. Mit mehr als 45 Prozent der Stimmen für den Wahlkreis Leverkusen/Köln-Mühlheim konnte auch Olaf Scholz seine Popularität nicht länger ignorieren, und machte den ansonsten eigentlich als Exzentriker verschrienen Genossen zum Gesundheitsminister. Lang zuvor war der Pendler von der CDU zur SPD »Direktor und Mitglied eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen« gewesen. In der stocksteifen Nomenklatura ist schon vorgegeben, dass da wenig Spielraum gelassen wird für Kreativität.

Nicht zufällig, dass Karl Lauterbach diese Kreativität weitaus besser auf Twitter auslebt – was ihn hier in die Nähe von Donald Trump rückt. Offensichtlich verfolgt er instinktsicher über dieses Medium eine Gemeindebindungspolitik. Er praktiziert an all den staatlichen Stellen und Vermittlungen vorbei. Dem scheint allerdings zu widersprechen, dass seine Twitter-Beiträge oftmals nicht missionarisch auftrumpfen, sondern bürokratisch dröge und skizzenhaft daherkommen. So twittert er dann in diesem Stil: »Verbot Privatparties ohne Maske – Obergrenze Feier 50 Leute.«

Funktioniert so Politik – oder nur eine Politik im freien Fall? Eröffnet sich so der Turnaround von der klassischen Symbolpolitik hin in eine der *Klicks* und *Likes*? Wie viele Follower hat Karl Lauterbach heute vorzuweisen? – Über eine Million! Was ist da los – noch bevor Realpolitik eingreift oder Wirklichkeit überformt wird von den gut gemeinten Fetischen unserer Zeit: Es geht um eine Authentizität, die als Performance umgesetzt wird?

Dies ist ein Widerspruch, der aber heute akzeptiert wird. Gerade vielleicht von Jugendlichen, die es krass »krank« finden, wie der Schlacks aus NRW auftritt, wie er Widersprüche, Behauptungen und Rücknahmen in sich einspeist und dabei irgendwie cool bleibt. So durchstreifen Jugendliche die Konsummeilen der Stadt in einem spätmodernen Stoizismus, mit der Maske ein Label vor sich hertragend, das ihnen locker-flockige Identität garantiert oder auch ein wenig Flirt mit der Panik – is' doch klar – auf der Andrea Doria. Lauterbach: »Oh mein Käpt'n, mein Käpt'n.«

DER ZUR WAHRHEIT ERHOBENE WIDERSPRUCH – SYMBOLPOLITIK AM ENDE?

Die *Taz* sah 2020 in Karl Lauterbach die liebenbenswerteste Kassandra unter all den anderen – und verband das mit der Frage: Soll man auf ihn hören? Der Mann schien in den letzten zwei Jahren irgendwie omnipräsent. In einer einstündigen *ARD*-Dokumentation zu Karl Lauterbach kommt ein Freund zu Wort, der Schriftsteller Benjamin von Stuckrad-Barre. Der hat Lauterbach aus früheren Jahren als chronischen Außenseiter in Erinnerung, der durch die Pandemie ins Zentrum des Geschehens katapultiert worden sei. Man könne das als eine amerikanische *Story* interpretieren – so der Schriftsteller –, wie da jemand vom Würstchenverkäufer zum Präsidenten aufsteigen könne.

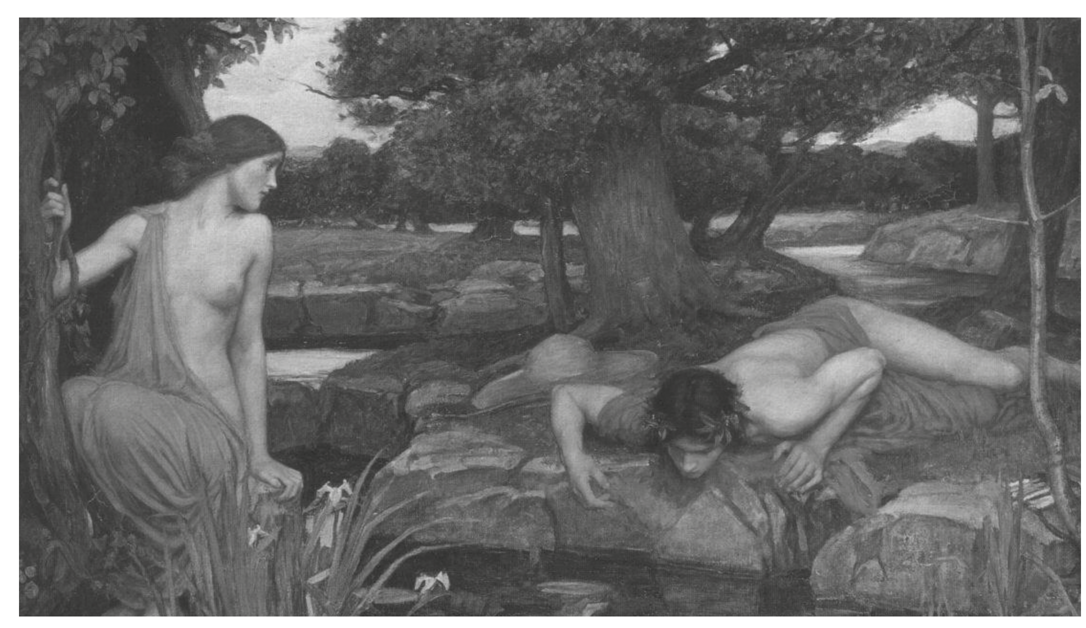
Ist Lauterbach also das Arbeiterkind, das vom Tellerwäscher zum Millionär aufsteigt? – Nein, dazu ist er zu deutsch. Die *Story* müsste also hier stark modifiziert werden. Hier in Deutschland, dem eisernen Kernland der Pandemie und der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands und der Impfpflicht, dominiert ein anderer Zeitgeist als in den USA. Er bringt auch andere Protagonisten für dieses *Story Telling* hervor. Am besten gedeihen diese dort, wo eine Großkrise die andere jagt und urdeutsche *Communities* sich unter dem Banner eines Führers versammeln.

EIN PHÄNOTYP IM SOZIOTOP UNSERER ZEIT

Lauterbach der Starrsinnige, Verbissene, der gelegentlich auch Arrogante. Welches Bild liefert er im Corona-Reigen noch? In einigen Westernfilmen reitet ein Gottgesandter durch die Prärie auf eine Stadt zu, wo er offensichtlich ein Werk zu verrichten hat. Es kann sich um einen Pastor, einen Richter oder gar einen Scharfrichter handeln, der fortlaufend aus der Bibel zitiert. Er kann Urteile fällen, er kann sie auch exekutieren. Er ist skurril, aber wird gefürchtet und manchmal bietet er uns ein Bild zwischen Clown und Henker, der selbst den klassischen Western in den Schatten stellt.



Der Philosoph Werner Köhne ist Dokufilmer und Radiomacher (*arte, WDR*) Von Dr. Werner Köhne erschien zuletzt das Werk »Minima Mortalia«, S&L Berlin 2020 (ISBN 9783982274508)



John William Waterhouse, »Echo und Narziss«. Foto des Gemäldes: CC/Geocities

Lauterbachs Seelen-Spiegel

Von Paul Klemm

»Echo und Narziss«, 1903: Bekränzt mit Lorbeer und gehüllt in rote Seide liegt der Halbgott am Ufer einer Quelle und starrt auf die Wasseroberfläche. Dort schimmert das in seinen Augen Schönste auf der ganzen Welt – sein eigenes Spiegelbild, in das er sich über beide Ohren verliebt hat.

Das Gemälde von John William Waterhouse zeigt die Ovid'sche Sagenfigur, die der entsprechenden Geisteskrankheit ihren Namen verliehen hat. Im Rahmen einer unbezahlten Ferndiagnose hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach sie diesen Februar dem russischen Präsidenten bescheinigt. Putin leide unter einer Persönlichkeitsstörung, konkret unter »narzisstischen Geltungsbedürfnissen«. Und damit scheint der gesamte Fall Ukraine für den sozialdemokratischen Seelenkenner auch schon abgeschlossen zu sein. Betrachtungen der russischen Sichtweise? Demnach sinnlos, denn sie reflektieren nur das Kopfkino eines Wahnsinnigen. Diplomatie und Friedensgespräche? Unmöglich, denn mit psychisch Gestörten wird nicht verhandelt, man zwängt sie höchstens in eine Zwangsjacke und lässt sie in der nächsten Gummizelle verschwinden. Wer Putin verstehen will, bemüht sich um Einblicke in einen kranken Kopf und steht dadurch schon selber mit einem Bein in der Klapsmühle.

Als der Philosoph Richard David Precht Anfang Oktober einen Vorschlag zur militärischen Entspannung lieferte, nämlich das einzelne Nato-Staaten eine Nichtaufnahme der Ukraine garantieren könnten, stellte Lauterbach via Twitter unumwunden klar: »Wir sind im Krieg mit Putin und nicht seine Psychotherapeuten. Es muss weiter konsequent der Sieg in Form der Befreiung der Ukraine verfolgt werden.« Keinen Fußbreit den Verrückten! Zumal in der Welt von Deutschlands oberstem Virusbekämpfer größere Gefahren dräuen als eine Eskalation mit Russland: Die Inzidenz steige rasant und am Horizont baue sich bereits »eine kombinierte Welle von Covid und Grippe« auf, die Deutschland zu überrollen droht.

OVID, COVID KLABAUTERMANN

Aus seinen fiebrigen Voraussagen lässt sich auch eine Hoffnung herauslesen: Kehrt das Thema zurück, das ihn dereinst in den Medien-Olymp katapultiert hat? Richten sich die Scheinwerfer von Anne Will, Sandra Maischberger oder Markus Lanz schon bald wieder auf ihn anstatt auf irgendwelche Rüstungs- oder Verteidigungsexperten? Vor allem im TV-Studio von letzterem schien er über Monate hinweg regelrecht mit dem Inventar verschmolzen zu sein – im *Spiegel*-Interview rühmte er den üppigen Beeren-Teller, der bei jeder Folge kredenzt wurde.

Das war die goldene Zeit, in der die Redaktionsstuben förmlich lechzten nach seinen Panikattacken, in der seine kassandrischen Rufe noch die Titelblätter füllten, bevor der russische Waffengang ihm die *Show* stahl.

Die Welt habe eigentlich »Besseres zu tun, als sich mit den Großmachtfantasien von Putin zu beschäftigen«, maulte er kurz nach Kriegsbeginn. Die Massenmedien sind wie spiegelndes Quellwasser und in der *Poleposition* am Ufer ist kein Platz für zwei. Immerhin: Am 12. Oktober landete #Corona nach einem Lauterbach-Tweet wieder in den Trends – noch vor allen Ukraine-*Hashtags*.

Originalbeitrag für DW. Paul Klemm ist junger Journalist in Berlin und unter anderem Kommentator bei der täglichen Online-Sendung Compact-TV.

»Sänk ju for trävelling…«

Russen sabotieren angeblich DB. | Ein Fall fürs Feuilleton



Der Corona-Präsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) ließ sich in der ablaufenden Woche demonstrativ ohne Maske im DB-Großraum ablichten. Sein Chef Biden hatte im September die Lügen-Plandemie für beendet erklärt. Foto: Bundesregierung (ale)

Pardon, aber die Lügerei und Kriegstreiberei wird immer nur noch asozialer und krimineller. Der parasitäre Apparat der US-Besatzungsmacht in der BRD, wozu auch der teilweise schwerkriminelle »Staatsschutz« gezählt werden muss, verlautbarte: »Die Tat war wohl politisch motiviert.« Am zurückliegenden Wochenende war »die Bahn-Infrastruktur in Berlin und Nordrhein-Westfalen beschädigt und den Zugverkehr in Norddeutschland zeitweise zum Erliegen gebracht« worden, wie das Propagandaportal *Tagesschau.de* vermeldete.

Nicht, dass man sich bei der seit Jahrzehnten systematisch abgewirtschaften, fehlprivatisierten und regional ohnehin bereits stillgelegten – oder bis zur Unbrauchbarkeit niedergegesparten – Deutschen Bahn (DB) noch wundern würde. Reichte früher ein Schneegestöber für den angeblichen Ausfall stolzer Dieselrösser auf Überlandstrecken, wurde nun durchgegeben, man sei eben von den Russen sabotiert worden. Putin, angeblich ja der Teufel in Menschengestalt, soll verhindern wollen, dass Tanta Jutta aus Detmold zu Onkel Jürgen in Potsdam kommt. Und: Die Lieferketten! Da könnte er bei der Rüstungsindustrie und in Punkto Ramstein allerdings Recht haben. »Sänk ju for trävelling…«

AUFEINANDER ZUGEHEN, DIE BAHN FÄLLT AUS

Auch hier fällt nur eines ein und auf, und ich fürchte, ich werde auch damit seit 28. März 2020 einfach (leider) Recht behalten: Der Zusammenbruch des US-Finanzmarktes und der Bankrott der USA sollen uns als Naturkatastrophe (zur Not: Klimaschaden) auch noch »verkauft« werden. In letzter Konsequenz als ein neuer Krieg gegen einen neuen »Hitler«. Und unsere politmediale Kaste will uns in Geiselhaft für ihr eigenes Versagen nehmen, das sie (und nur sie!) seit Jahrzehnten zu verantworten hat. Dieses Stockholm-Syndrom-provozierende »Alle müssen mit« wird uns Orwell'sch als »Solidarität« eingebimst. – Gestatten? Dabei wäre es so einfach zuzugeben, dass man sich vergaloppiert hat, und zum Beispiel auf *NichtOhneUns.de* zuzugehen. (Anselm Lenz)

REVOLUTION DER GEBETE UND KERZEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

Schon einmal haben wir in Deutschland erlebt, wie sich mit Gebeten und Kerzen das Blatt gewendet hat. Hilft auch jetzt nur noch beten?

Im Zusammenhang der friedlichen Wende 1989 wird ein SED-Funktionär zitiert, der gesagt haben soll: »Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.«

Vor über 30 Jahren haben Menschen in der damaligen DDR den Weg in die Kirchen und auf die Straßen gefunden – und dies, obwohl das System 40 Jahre intensiv daran gearbeitet hatte, Gott aus Köpfen und Herzen auszutreiben und ein materialistisches und Gottloses Weltbild zu installieren. Doch »Not lehrt beten« – und Menschen beteten.

Gott sah Kerzen und Herzen, erhörte Gebet und schenkte die Wende. Leider hat sich die folgenden 30 Jahre das vereinte Deutschland nicht gerade durch Dankbarkeit und Respekt gegenüber Gott und seinen Ordnungen ausgezeichnet. Das Geschenk der Wiedervereinigung wurde überlagert von Geldgier, Machthunger und Gleichgültigkeit. Von den Verbrechen des DDR-Systems haben sich viele nur mangelhaft distanziert und der Kapitalismus wurde nicht genügend begrenzt.

30 Jahre wuchsen die giftig-bösen Früchte der Gottes-Ignoranz – bei uns und in vielen Ländern. Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit sind langfristig nur in einer Gesellschaft zu finden, in der Menschen bereit sind, sich zu binden (zu glauben!) an den heiligen Gott der Ordnungen, der Wahrheit und Liebe. Hier gibt es Nachholbedarf!

Gott sucht Menschen, die in ihren Entscheidungen IHN und seinen Willen einbeziehen. Was Gott seinem Volk Israel versprochen hat, hat auch für uns Bedeutung: »… wenn mein Volk, über das mein Name genannt ist, sich demütigt, dass sie beten und mein Angesicht suchen und sich von ihren bösen Wegen bekehren, so will ich vom Himmel her hören und ihre Sünde vergeben und ihr Land heilen« (2 Chronik 7,14 LUT 2017).

Ich glaube, wir brauchen Gottes Hilfe, um unser krankes Land zu heilen. Beten Sie mit? »Herr Jesus Christus, wir suchen dich – sei uns gnädig und hilf uns!«

Die Autorin ist der Redaktion bekannt. Die Veröffentlichung ihres Namens würde ihre berufliche Existenz gefährden.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Schöne Neue Welt 2030.
Ullrich Mies (Hg.)
Promedia
ISBN 978-3-85371-491-1



Corona – Inszenierung einer Krise.
Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günter (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz
ISBN 978-3-98227-455-3



Vor der »Impfung« waren sie gesund.
Andrea Drescher
Ars Vobiscum
978-3-9505234-1-6



Maschinenwinter.
Dietmar Dath
Suhrkamp
ISBN 978-3-518-26008-1



Erniedrigung genießen.
Carl Hegemann (Hg.)
Alexander-Verlag
ISBN 978-3-895-81065-7



Menschen im Staat.
Wilhelm Reich
Klostermann/Nexus
ISBN 978-3-465-04455



Profanierungen: Wenn die grausame Religion des Geldes die Zukunft verschlingt.
Toni Hildebrandt (Hg.), Giorgio Agamben
ISSN 0023-5431



Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde
Jürgen Elsässer
DTW
978-3-89706-818-6



Lexikon politischer Symbole.
Karlheinz Weißmann
JF-Edition
978-3-92988-681-8



Freiheitsgeld.
Andreas Eschbach
Bastei-Lübbe
978-3785728123



Schirmgestaltung der Künstlerin Ute Bella Donner am 1. Oktober auf dem Berliner Alexanderplatz. Foto: DW/Steve Schramm

»Wir dürfen keine Plattform geben«

Donnerstag in Frankfurt, die vierzehnte Woche des Medien-Mahn-Marathons: Die Mitarbeiter schauen verstohlen durch die Fenster. »Die sind ja immer noch da. Was wollen die nur?«

Auf den Schildern stehen Sätze wie, »Gut recherchieren und objektiv berichten geht anders« oder »Politiker raus aus den Medienräten«. Die Botschaft ist klar und betrifft den ganzen Berufsstand des Konzernjournalismus. Wie unabhängig, oder wie beeinflussbar, ist unsere Medienlandschaft?

Insider berichten uns von zunehmender Nervosität bei den verantwortlichen Redakteuren. Das motiviert. Wir werden wahrgenommen (siehe Seite 6 der vorliegenden Ausgabe #DW108). Und der Dialog nimmt zu. Wir trafen Redakteure am Runden Tisch, im Biergarten, im Café, im Zoom. Das gegenseitige Vertrauen nimmt zu, allerdings nur sehr langsam. Manchmal werden sympathisierende Journalisten von Chefredakteuren zurückgepfiffen mit den Worten, »wir dürfen denen keine Plattform geben«, so wird uns berichtet. Ein anderes Wort für Zensur. Die zunehmenden Proteste werden nicht als freiheitlich-demokratisches oder soziales Anliegen wahrgenommen und sollen ganz eindeutig nicht so wahrgenommen werden. Wie können wir diese Entfremdung überwinden? Der Medien-Mahn-Marathon versucht, eine Antwort zu geben. Innerer Frieden. Dialogbereitschaft. Aufeinander Zugehen. Und nicht aufgeben. Auch wenn wir bei dem Medienmahnwachen vergleichsweise wenige sind. Wir sind wenige, weil die Ängste groß sind in dieser Krise.

Es geht nur ohne Angst, und es geht nur gemeinsam. Die Medien hätten die nötige Macht für aufrichtige Unabhängigkeit. Lasst uns diese Aufrichtigkeit einfordern!

Jimmy Gerum ist Gründer der Initiative LeuchtturmARD.de

SPORT MIT BERTHOLD

BRUCH UND GENESUNG

Bei Brüchen beziehungsweise Rissen benötigt ein Athlet im Falle einer Operation immer einen Chirurgen mit viel Erfahrung. Wer mehr Eingriffe durchführt, macht weniger Handwerksfehler. Die Schulmedizin hat da durchaus ihre großen Verdienste.

Es gibt für jeden Körperteil einen Spezialisten mit entsprechenden Referenzen. *Time is money*: Saubere Ausführung, keine Infektion. Schulmedizin kann höchste Leistungen bringen, ohne sich politisch instrumentalisieren zu lassen oder alternative Ansätze auszulöschen – wie das wirksame Ivermectin im Falle der Covid-Pharma-*Show*.

Für den Sportler beginnt im Krankenhaus bereits die Reha. Zur Orientierung: Wenn ein Athlet einen Tag im Krankenbett liegt, braucht er drei Tage Training, um die verlorene Muskelkraft wieder aufzubauen. Ein Profisportler will immer so schnell wie möglich wieder am Trainingsbetrieb teilnehmen. Mental ist die Reha eine große Herausforderung. Im Fuß ball kommt hinzu, dass es zum Erreichen der Spielfitness gut dosierte Einsatzzeiten braucht.

Kraftaufbau und Ausdauer sind das Eine. Motorik, *Timing*, Prozesse, Taktik, Dynamik, Teamgeist sind das Andere. Daher kann ein verletzter Spieler erst wieder einsteigen, wenn der Physiotherapeut sein O.K. gibt.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

DIE GROSSEN HÖREN AUF ZU HERRSCHEN, WENN DIE KLEINEN AUFHÖREN ZU KRIECHEN.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 108. Ausgabe ab Samstag, 15. Oktober 2022. | Redaktionsschluss war am 13. Oktober | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Wolfgang Greulich, Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 109 erscheint am 22. Oktober 2022.